

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/91

Berlin

19. Dezember 1991

1. Ex.

58. Jahrgang

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

VIERTER BERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 19. Oktober 1990 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, einen Forschungsauftrag mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“ erteilt. Dabei sollen in vierteljährlicher Folge kurze Berichte geliefert werden. Die Institute legen hiermit ihren vierten Bericht vor¹.

Nach wie vor ist die Datenlage unbefriedigend. Das statistische Berichtssystem in Ostdeutschland befindet sich noch in der Umstellungsphase. Die Institute müssen deshalb versuchen, die Lücken auf unkonventionelle Weise zu schließen. Das geschieht vor allem durch mündliche und schriftliche Befragungen von ost- und westdeutschen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Organisationen sowie durch Auswertung der Fach- und Tagespresse.

Dieser Bericht konzentriert sich auf eine Analyse der ostdeutschen Wirtschaft in Industrie, Bau, Dienstleistungsgewerbe sowie öffentlicher Sektor. Darüber hinaus ziehen die Institute eine Zwischenbilanz der Entwicklung in den letzten eineinhalb Jahren. Gegenüber dem vollständigen Bericht ist diese Fassung leicht gekürzt. Der Gesamtbericht erscheint zeitgleich als Kieler Diskussionsbeitrag 178. Er berichtet zusätzlich ausführlich über Land- und Energiewirtschaft sowie über folgende Spezialthemen: Zum Stand der Privatisierung der ehemaligen Dienstleistungskombinate und -betriebe der örtlichen Versorgungswirtschaft; Die Bedeutung von Einkaufs- und Verbundgruppen für mittelständische Unternehmen und Organisationen im Einzelhandel; Zur Entwicklung des Franchising. Ein gesonderter Schwerpunktbericht zu den Anpassungsprozessen der Energiewirtschaft in den Beitrittsländern wird derzeit vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel vorbereitet.

Bei der Arbeit an dem Bericht haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, mit anderen Instituten zusammengearbeitet, die in das Forschungsprojekt eingebunden sind. Es sind dies: Die Bauakademie Berlin, die Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Berlin, und das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe.

¹ Die ersten drei Berichte wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in den Wochenberichten 12/91, 24/91 und 39-40/91, Berlin 1991, und vom Institut für Weltwirtschaft, Kiel, in den Kieler Diskussionsbeiträgen 168, 169 und 176 veröffentlicht.

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat in Ostdeutschland im Sommer dieses Jahres ihren Tiefpunkt erreicht. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im dritten Quartal ebenso hoch wie im Vorquartal gewesen sein, obwohl Saisonfaktoren wie die Massierung der Ferien im dritten Quartal eine Abnahme der Produktion hätten erwarten lassen. Eine durchgreifende Belebung ist aber nicht in Sicht. Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich in einer Übergangsphase, in der das Neue sich noch nicht Bahn gebrochen hat und vieles Alte noch von vielfältigen staatlichen Hilfen gestützt wird.

Mehr als ein Jahr nach Beginn der Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Ostdeutschland ist der Prozeß der „schöpferischen Zerstörung“ voll im Gange. Die Auflösung der alten Strukturen hat bisher vorwiegend die Produktion im Westen begünstigt. Die Kraft in Ostdeutschland reicht für den Aufbau noch nicht aus. Zu wenige Menschen sehen offenbar die Chance, mit Eigeninitiative eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen; zu wenige der bestehenden Unternehmen sind in der Lage, sich gegen die erdrückende Konkurrenz aus dem Westen zu behaupten — die Einsparung von Arbeitskräften alleine reicht nicht aus; zu wenige westliche Unternehmen errichten neue Produktionsstätten.

Daß der Anpassungsprozeß in Ostdeutschland nur schleppend vorankommt, zeigt sich besonders deutlich an der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Nach einem ersten Schub an Freisetzungen im Gefolge des Übergangs zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion blieb die Lage am Arbeitsmarkt zunächst — sieht man von Verschiebungen zwischen Kurzarbeit und offener Arbeitslosigkeit ab — weitgehend unverändert. Kurzarbeit war über viele Monate hinweg der Weg, um Anpassungsnotwendigkeiten zu verdecken. Erst das Auslaufen institutioneller Regelungen, wie des Kündigungsschutzabkommens oder der großzügigen Kurzarbeiterregelung, führt zu sichtbaren Wirkungen im Beschäftigungsverhalten der Unternehmen. Die meisten Unternehmen — insbesondere solche im Treuhandbesitz — reagieren aber passiv.

Ein wichtige Rolle spielt die Lohnentwicklung. Die mit staatlicher Unterstützung stabilisierte und im nächsten Jahr wohl leicht steigende Produktion würde einem Teil der Unternehmen Gewinne bescheren oder Preissenkungsspielräume eröffnen, wenn die Lohnzuwächse hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleiben würden. Das wäre der normale Prozeß der schöpferischen Zerstörung; Nach Ende der Zerstörungsphase zählt sich die Anpassung des Kostenniveaus für diejenigen aus, die überlebt haben. Weil nicht sofort neue Arbeitskräfte eingestellt werden und die Löhne kaum steigen, führen die kräftigen Produktivitätssteigerungen zur Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen, sobald der Tiefpunkt der Produktion durchschritten ist. Die eigentliche, die offensive Phase der Umstrukturierung kann dann beginnen. Viele Unternehmen

investieren dann nämlich ihre Gewinne nicht mehr in die alten Produktionsbereiche, sondern suchen neue Produktlinien und Märkte. Waren diese Unternehmen zunächst erfolgreich, weil sie die Krise überlebt haben, entsteht jetzt eine breite Welle der Investitionen, die den Aufschwung verstärkt und ihn über induzierte Nachfrageeffekte infolge kräftiger Einkommenssteigerungen schließlich trägt.

In Ostdeutschland überkompensieren aber selbst in dieser für den Gesamtprozeß so entscheidenden Phase, die jetzt beginnt, die Lohnsteigerungen die Kostenentlastung infolge der freisetzungsbefreien Produktivitätssprünge. Eine unternehmerische Anpassung bei Produktqualität und Kosten kommt in ganzer Breite nicht in Gang. Zu wenige Unternehmen schaffen — und dann zumeist nur mit westlicher Hilfe — die Lohnhürde. Das erklärt die unverändert große Abhängigkeit vieler Unternehmen von staatlichen Hilfen und den Stillstand, der den Prozeß der marktwirtschaftlichen Umgestaltung in Ostdeutschland derzeit in vielen Bereichen charakterisiert. In dieser Situation können staatliche Transfers das Einkommen auch derjenigen sichern, die keine Arbeit haben. Ein Prozeß, der diese Einkommen zu Markteinkommen macht, ist aber nicht in Sicht.

Bisher ist die Anpassung an die Marktbedingungen in den einzelnen Sektoren nicht gleichförmig verlaufen. Die Unterschiede sind teilweise auf die verschiedenartigen Ausgangsbedingungen zurückzuführen oder auf unterschiedliche Reaktionen auf den Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente.

In der Landwirtschaft sind Produktion und Beschäftigung stark zurückgegangen, ein Ende des Schrumpfungsprozesses ist noch nicht in Sicht (Tabelle 1). Die landwirtschaftlichen Betriebe haben vielfältige Anpassungsprobleme — Überbeschäftigung, Altlasten, niedrige Erzeugerpreise; hinzukommen politische Entscheidungen, die ihnen schwer zu schaffen machen. Im industriellen Bereich ist das extrem niedrige Niveau der Produktion zuletzt nicht weiter gesunken, und die Auftragseingänge signalisieren zumindest keinen weiteren Rückgang. Im Handwerk hat sich der Aufwärtstrend weiter fortgesetzt. Auch in der Bauwirtschaft hat sich die positive Entwicklung stabilisiert, wenngleich dies in den Produktionszahlen noch nicht entsprechend zum Ausdruck kommt. Der Handel, der bis in den Sommer 1991 hinein starke Einbußen hinnehmen mußte, erholt sich dagegen nur allmählich. Im Verkehrssektor scheint der Rückgang gebremst. Bei den übrigen Dienstleistungen war die Entwicklung sehr heterogen. Expandiert haben vor allem Banken, Versicherungen und freie Berufe.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu, auch wenn das tatsächliche Ausmaß durch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verdeckt wird. Die Zahl der Arbeitslosen ist im dritten Quartal 1991 um 200 000 gestiegen, Ende Oktober 1991 waren 1,05 Mill. Personen arbeitslos. Die Zahl der Kurzarbeiter ist um eine halbe Million gesunken, der Rückgang hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Viele

Tabelle 1

Bruttowertschöpfung¹⁾ der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland
 1. Quartal 1990 bis 3. Quartal 1991
 Mrd. DM zu Preisen vom 2. Hj. 1990

Wirtschaftsbereiche	1990				1991		
	I	II	III	IV	I	II	III
Land- und Forstwirtschaft	1,7	1,2	2,8	1,0	1,1	1,3	2,4
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	39,0	37,0	20,0	17,2	15,7	15,8	15,0
Industrie	34,8	31,6	15,0	12,8	11,2	10,4	9,5
Handwerk	4,2	5,3	5,0	4,4	4,5	5,3	5,5
Baugewerbe	4,2	5,4	4,8	5,6	3,8	5,1	6,1
Bauhauptgewerbe	3,0	4,1	3,6	4,1	2,5	3,4	4,0
Ausbaugewerbe	1,2	1,4	1,2	1,5	1,3	1,7	2,1
Handel	3,5	4,2	3,3	3,6	2,2	2,2	2,2
Verkehr	5,0	4,8	4,4	4,7	4,1	4,1	4,2
Dienstleistungen	8,1	8,3	9,0	9,4	10,5	10,1	9,0
Staat (einschl. ABM)	9,8	9,9	10,0	9,3	8,7	8,4	8,0
Priv. Org. o. Erwerbszweck	1,5	1,3	1,1	1,1	1,3	1,2	1,0
+/- Bereinigungen	-2,2	-2,8	-1,4	-1,2	-1,7	-1,6	-1,4
Bruttoinlandsprodukt	70,5	69,3	54,0	50,5	45,7	46,5	46,4

¹⁾ Nicht saisonbereinigt. — ²⁾ Einschließlich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW.

Arbeitslose sind durch Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen aufgefangen worden. Zur Zeit sind fast 350 000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt, und 400 000 Personen nehmen an einer Qualifizierungsmaßnahme teil. Insbesondere im industriellen Sektor wird es in den kommenden Monaten noch zu erheblichen Freisetzen kommen.

Industrie

Aktuelle Situation

Kein anderer Wirtschaftszweig der neuen Bundesländer wurde so sehr von der Einführung der Marktwirtschaft getroffen wie die ostdeutsche Industrie. Die großen Wettbewerbsnachteile gegenüber der westlichen Konkurrenz rühren nicht nur von den viel zu hohen Produktionskosten her, vielfach sind die Produkte auch nicht marktgerecht. Als Folge ist die Produktion stark geschrumpft.

Ohne staatliche Hilfen wäre die Talfahrt noch rasanter verlaufen. Zum einen wurde der Export nach Osteuropa, insbesondere in die Sowjetunion, massiv gestützt — zunächst durch einen vorteilhaften Abrechnungsmodus für ostdeutsche Lieferungen, seit Beginn dieses Jahres durch

besondere Ausfallbürgschaften. Zum anderen wurde den ostdeutschen Industriebetrieben in hohem Maße Liquidität zur Verfügung gestellt. Die von der Treuhandanstalt verbürgten Kredite wurden in erster Linie zur Deckung der laufenden Kosten verwandt. Eine Umfrage des DIW²⁾ hat ergeben, daß vier Fünftel aller Industriefirmen in Besitz der Treuhandanstalt solche Kredite in Anspruch genommen haben. Die Tatsache, daß ein Fünftel der Treuhandfirmen keine Liquiditätskredite aufgenommen hat, darf nicht zu falschen Schlüssen führen. Nicht wenige dieser Unternehmen haben deswegen auf Fremdmittel verzichten können, weil sie sich durch den Verkauf von Vermögenswerten Liquidität verschafften. So waren große Teile der ostdeutschen Industrie in der Lage, Güter zu einem Preis anzubieten, der nicht die Kosten deckte. Fallbeispiele aus

²⁾ Die Fragebogenerhebung richtete sich an alle Unternehmen, die zu Beginn dieses Jahres im Besitz der Treuhandanstalt waren, also fast an den gesamten Bestand der Industrieunternehmen der früheren DDR. Nicht in die Erhebung einbezogen wurden neue Betriebe; von den Investitionen „auf der grünen Wiese“ dürften bis jetzt nur sehr wenige abgeschlossen und produktionsfähig sein. Die Umfrage begann im Juni 1991; der Rücklauf der Fragebögen erstreckte sich bis in den Oktober. Beteiligt haben sich knapp 1 700 Unternehmen, davon waren rund 220 gänzlich in private Hand übergegangen und 60 waren teilprivatisiert. Mitte des Jahres hatten diese Unternehmen etwas mehr als 1 Mill. Arbeitskräfte, das sind 60 vH aller Erwerbstätigen in der ostdeutschen Industrie.

Tabelle 2

Umsatz je Beschäftigten im westdeutschen und im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe

Gewerbebezug	Westdeutschland ¹⁾	Ostdeutschland ²⁾		Ostdeutschland im 1. Hj. 1991...	Ostdeutschland ³⁾ im 2. Hj. 1991...	Modellrechnung: Um das westdeutsche Niveau bis zum Ende der Sanierung zu erreichen, wäre eine Umsatzsteigerung von ...vH nötig ^{3), 4)}
	1. Hj. 1991	1. Hj. 1991	2. Hj. 1991 ³⁾	... im Verhältnis zu Westdeutschland im 1. Hj. 1991 (in vH)		
Grundstoff- und Produktionsgüter produzierendes Gewerbe	183 000	30 000	44 000	16	24	33
darunter:						
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	121 000	20 000	37 000	16	31	29
Eisenschaffende Industrie	142 000	33 000	42 000	23	30	18
Gießereien	80 000	14 000	20 000	18	25	136
Chemische Industrie	172 000	29 000	50 000	17	29	95
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	112 000	17 000	29 000	15	26	118
darunter:						
Stahl- und Leichtmetallbau	81 000	30 000	38 000	37	47	49
Maschinenbau	96 000	17 000	29 000	17	30	96
Straßenfahrzeugbau ⁵⁾	163 000	20 000	.	12	.	.
Elektrotechnik/EDV	102 000	14 000	30 000	14	29	71
Feinmechanik, Optik	84 000	5 000	12 000	7	14	232
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	98 000	13 000	24 000	13	25	133
darunter:						
Holzverarbeitung	99 000	20 000	34 000	21	34	135
Druckerei, Vervielfältigung	94 000	32 000	44 000	34	46	69
Textilgewerbe	105 000	9 000	18 000	9	17	137
Nahrungs- und Genußmittelproduzierendes Gewerbe	222 000	64 000	100 000	29	46	56
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	130 000	22 000	37 000	17	28	81

1) Einschl. Berlin (West). — 2) Einschl. Berlin (Ost). — 3) Hochrechnung der Ergebnisse aus der Unternehmensbefragung des DIW. — 4) Basis der Berechnung sind die erwarteten Umsätze für das 2. Hj. 1991 und die geplante Zahl der Beschäftigten am Ende der Sanierung lt. Unternehmensbefragung des DIW. — 5) Wegen nicht ausreichender Repräsentation sind die Angaben für den Straßenfahrzeugbau unsicher.
Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW.

den Befragungen des DIW haben gezeigt, daß der Verkauf von Waren und Leistungen unter Kosten durchaus nicht unüblich ist. Auf diese Praxis deuten auch statistische Kennziffern hin: Im ersten Halbjahr erreichte der Umsatz je Beschäftigten in der ostdeutschen Industrie nur etwa ein Sechstel dessen, was in den alten Bundesländern erreicht wird (Tabelle 2). Bei einem solchem Vergleich ist freilich das hohe Maß an Kurzarbeit zu berücksichtigen. Rechnet man die Kurzarbeit auf Vollbeschäftigung um³⁾, dann ist die Umsatz-Beschäftigten-Relation in der ostdeutschen Industrie noch immer viermal kleiner als in Westdeutschland⁴⁾. Das heißt, trotz des niedrigen Lohnniveaus machen die Unternehmen im Schnitt Verluste.

Nach der Umfrage des DIW glauben die ostdeutschen Unternehmen, daß sich im zweiten Halbjahr 1991 ihre Absatzsituation verbessern wird. Erwartet wurde, daß der Umsatz dann um rund ein Viertel höher sein wird als in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Diese Einschätzung

³⁾ Nach Schätzungen des DIW arbeiteten im 1. Halbjahr 1991 in der ostdeutschen Industrie fast 60 vH aller Arbeitnehmer weniger als die regelmäßige Arbeitszeit; der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter betrug in der Zeit ebenfalls fast 60 vH.

⁴⁾ Bei dieser Rechnung bleibt außer acht, daß auch die Kurzarbeiter den Unternehmen Kosten verursachen, und zwar durch tariflich vereinbarte Zuschläge auf das Kurzarbeitergeld und durch tarifliche Sonderzahlungen.

Tabelle 3

Entwicklung der Produktion¹⁾ im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe von Januar bis September 1991

Gewerbebranchen	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	65,6	61,1	65,3	57,9	61,0	63,2	62,6	60,6	66,0
Grundstoff- und Produktionsgüter produzierendes Gewerbe	71,1	64,9	79,4	68,6	68,1	67,1	69,9	71,0	76,8
darunter:									
Mineralölverarbeitung	111,0	108,4	112,3	92,8	113,8	107,6	114,9	116,1	114,4
Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden	31,4	24,7	42,8	47,7	54,9	51,7	57,0	55,1	61,4
Eisenschaffende Industrie	83,2	75,3	85,3	79,7	83,2	83,0	73,5	73,9	76,4
Gießereien	46,8	49,9	48,5	44,3	46,3	46,1	34,3	33,6	35,4
Chemische Industrie	87,0	78,2	95,5	80,4	66,1	66,5	74,3	79,5	85,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	53,9	50,2	51,6	45,5	48,6	52,8	51,0	48,7	54,2
darunter:									
Stahl- und Leichtmetallbau	67,4	68,6	82,2	76,4	86,6	89,4	103,3	100,6	106,6
Maschinenbau	51,6	44,1	44,1	38,6	42,8	49,1	44,1	42,2	49,9
Straßenfahrzeugbau	59,2	79,4	83,7	72,5	72,6	76,1	75,7	64,6	66,1
Elektrotechnik	46,6	44,0	42,1	35,4	36,6	41,8	38,3	39,2	42,7
Feinmechanik, Optik, Uhren	63,3	40,0	36,2	30,1	23,9	20,4	23,2	21,0	19,5
Herstellung v. Büromaschinen, EDV	38,9	25,3	32,8	39,5	34,6	30,1	23,1	22,5	18,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	74,2	69,6	73,2	66,6	68,0	72,1	67,9	64,9	73,4
darunter:									
Holzverarbeitung	83,0	68,7	72,6	66,6	65,7	65,3	57,3	59,8	75,6
Druckerei, Vervielfältigung	81,1	83,7	95,0	96,0	101,3	111,9	110,0	114,0	113,7
Textilgewerbe	98,9	92,8	90,4	74,2	78,4	82,7	80,4	62,8	73,9
Nahrungs- und Genussmittel produzierendes Gewerbe	99,9	94,5	96,6	87,5	97,0	94,0	96,3	91,8	94,2

¹⁾ Index der Nettoproduktion fachlicher Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt; 3. Vierteljahr 1990 = 100.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

dürfte wohl in Anbetracht aktueller Statistiken viel zu optimistisch gewesen sein. Der Umsatz der ostdeutschen Industrie war im dritten Quartal genauso hoch wie im vorhergehenden und niedriger als im ersten Vierteljahr des Jahres. Damit das erwartete Umsatzwachstum tatsächlich erreicht wird, müßte im vierten Quartal der Absatz enorm expandieren. Dies ist so gut wie ausgeschlossen, zumal sich die Erwartungen in hohem Maße auf eine Belebung des Osteuropa-Geschäftes gründeten. Allein drei Fünftel des Umsatzwachstums sollten im Osthandel erzielt werden; von den Märkten in Ostdeutschland erwartet man kaum Impulse.

Die aktuellen Zahlen über Produktion und Auftragseingänge zeigen, daß sich die Lage der ostdeutschen Industrie auf niedrigem Niveau stabilisiert hat, ein Aufschwung

aber noch nicht zu erkennen ist. Die Produktion zog im September gegenüber dem August zwar etwas an, aber so schwach, daß dies allein schon mit dem Ende der Ferienzeit erklärt werden kann (Tabelle 3). Anders war der Verlauf bei den Auftragseingängen: Sie sind im August deutlich nach oben gegangen, im September ließen die Bestellungen — saisonunüblich — wieder stark nach (Tabelle 4). Im Zweimonatsvergleich sind die Auftragseingänge im Spätsommer nur wenig höher gewesen als im Juni/Juli.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zeigen sich deutliche Unterschiede. Eine Erholung von Auftragseingang und Produktion läßt sich im Stahlbau, in der Baustoffindustrie und insbesondere im Druckgewerbe erkennen, ein weiterer Rückgang in der EDV-Industrie und im Textilgewerbe. In vielen Zweigen ist die aktuelle Lage unüber-

Tabelle 4

Entwicklung der Auftragseingänge¹⁾ im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe von Januar bis September 1991

Gewerbebezug	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	86,8	66,4	92,2	79,8	68,5	75,8	71,3	84,9	71,5
davon:									
Inland	92,9	66,1	70,9	70,2	72,1	69,2	70,3	72,5	70,9
Ausland	69,1	67,2	154,1	107,8	58,0	95,0	74,2	120,8	73,1
Grundstoff- und Produktionsgüter produzierendes Gewerbe	76,4	69,4	74,2	68,9	59,2	59,9	64,3	52,4	65,2
darunter:									
Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden	39,4	29,9	46,1	60,3	63,4	68,1	69,7	67,9	80,0
Eisenschaffende Industrie	80,5	43,5	122,9	67,3	49,2	48,1	59,9	43,6	48,1
Chemische Industrie	79,2	88,7	61,9	66,9	62,8	63,7	66,7	48,5	68,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	93,8	65,6	115,1	93,8	78,3	93,7	81,0	121,2	80,0
darunter:									
Stahl- und Leichtmetallbau	81,4	52,3	338,0	92,3	82,5	176,0	118,9	256,7	157,6
Maschinenbau	112,7	79,1	138,5	148,8	100,1	120,3	96,6	182,0	100,0
Straßenfahrzeugbau	50,4	58,3	45,2	39,9	44,5	43,7	30,2	32,4	30,5
Elektrotechnik	90,4	61,6	53,6	59,4	59,9	53,2	51,9	50,5	43,3
Feinmechanik, Optik, Uhren	143,8	73,0	95,4	56,2	68,4	42,6	53,8	102,7	46,7
Herst. v. Büromaschinen, EDV	86,9	20,1	21,2	21,0	33,1	27,1	20,2	26,2	29,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	91,1	61,6	69,2	65,3	62,2	62,3	60,4	57,3	62,1
darunter:									
Druckerei, Vervielfältigung	92,7	110,2	99,1	92,6	117,7	119,6	105,5	121,1	111,9
Textilgewerbe	68,4	53,1	56,9	70,1	52,4	65,6	57,0	53,5	48,1

1) Wertindex fachlicher Betriebsteile; 2. Halbjahr 1990 = 100.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

sichtlich. Kurzfristig können Sonderentwicklungen in einzelnen Unternehmen, beispielsweise Großaufträge, das Bild bestimmen.

Chancen für Privatisierung und Sanierung

Viele Unternehmen können die Anpassung nicht aus eigener Kraft bewältigen. Es ist daher dringlich, daß die Treuhandanstalt-Unternehmen private Investoren finden, die die Anlagen erneuern, das Produktprogramm umstrukturieren und den Vertrieb verbessern. Trotz vielfältiger Bemühungen ist — gemessen an den hohen Anpassungserfordernissen — das Privatisierungstempo noch zu gering. Bisher wurden etwa 1 000 ostdeutsche Industrieunternehmen von privaten Investoren übernommen oder teilprivatisiert. Weitere 300 wurden an die früheren Eigentümer zurückgegeben. Die Käufer von Industrieunternehmen

haben knapp 350 000 Arbeitsplätze vertraglich zugesagt⁵. Bei über 4 000 Industriebetrieben steht der Verkauf noch aus.

Sicherlich hemmen — mittlerweile nur teilweise aus dem Wege geräumte — Investitionshindernisse (ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Verseuchung von Grundstücken, Infrastrukturmängel) die Privatisierung. Daß sie aber nur langsam vorankommt, liegt vor allem daran, daß es nur we-

⁵ Die Treuhandanstalt hat bei vielen ihrer Firmenverkäufe von den Erwerbern vertragliche Beschäftigungsgarantien verlangt. Dafür hat sie Zugeständnisse beim Verkaufspreis gemacht. Wird die zugesicherte Beschäftigtenzahl unterschritten, muß der Erwerber eine Konventionalstrafe zahlen. Wie Einzelbeispiele gezeigt haben, ist diese aber deutlich geringer als der Investitionsaufwand je Arbeitsplatz. Die Konventionalstrafen dürften also die Käufer nicht abschrecken, weniger als die zugesagte Zahl von Beschäftigten zu halten.

nige Gründe für westliche Investoren gibt, ostdeutsche Betriebe zu übernehmen⁶. Viele der Rosinen sind bereits gepickt. Auch eine Aufstockung der Kapazitäten ist wegen der Konjunkturabschwächung zunächst nicht dringlich.

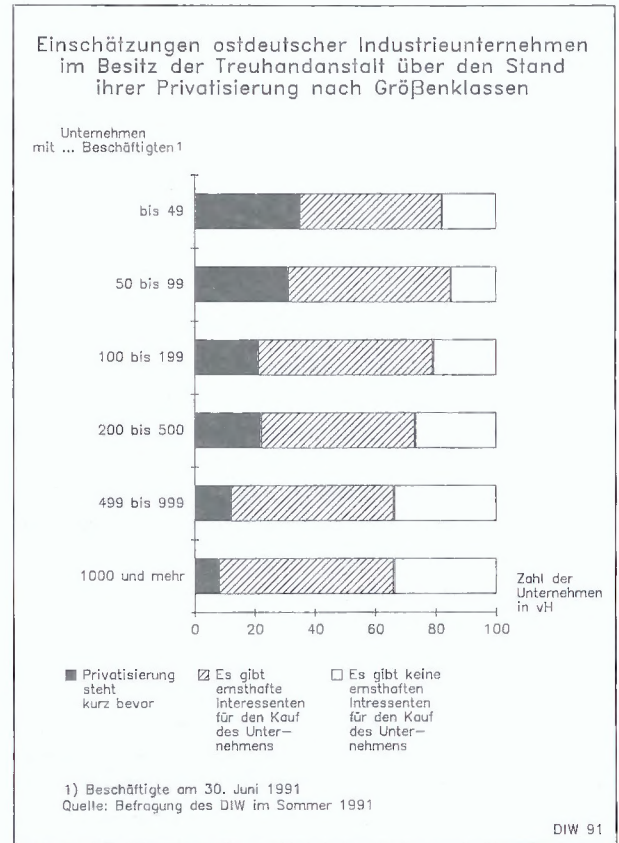
Dennoch rechnet nach den Umfrageergebnissen immerhin ein Fünftel der befragten Unternehmen damit, daß sie demnächst verkauft werden. Die Hälfte der ostdeutschen Industrieunternehmen glaubt, daß die Privatisierung zwar nicht unmittelbar bevorsteht, es aber ernsthafte Interessenten für eine Übernahme gibt. Vergleichsweise große Chancen für eine Privatisierung rechnen sich Unternehmen aus den Branchen aus, die Güter herstellen, die für die Modernisierung der ostdeutschen Infrastruktur benötigt werden (Steine und Erden, eisenschaffende Industrie, Holzbearbeitung) und solche, die in der Nähe zu ihren Kunden angesiedelt sein müssen (wie ein Teil der Druckereien und der Nahrungsmittelhersteller). Ob diese Einschätzungen zutreffen, ist zweifelhaft. Denn es ist bekannt, daß potentielle Investoren ihr Angebot noch kurz vor Abschluß des Kaufvertrages zurückziehen. Auch interessieren sie sich häufig nicht nur für ein, sondern für mehrere ähnliche Unternehmen gleichzeitig.

Besonders schwierig ist der Verkauf großer Unternehmen. Je größer sie sind, desto weniger rechnen sie mit einer alsbaldigen Privatisierung (Schaubild 1). Die in vielen Zweigen übermäßige Größe der ostdeutschen Industriebetriebe dürfte manche westliche Unternehmen von einer Übernahme abhalten; die Produktionsstätten sind — gemessen an der Beschäftigtenzahl⁷ — im Schnitt in Ostdeutschland größer als in den alten Bundesländern. Die Treuhandanstalt betreibt deshalb in starkem Maße die Entflechtung von Unternehmen.

Um den Niedergang der ostdeutschen Industrie aufzuhalten, will die Treuhandanstalt die Unternehmen sanieren, die sie für sanierungsfähig hält. Fast alle befragten Unternehmen halten sich für sanierungsfähig. Dieser Befund kontrastiert mit Einschätzungen der Treuhandanstalt, wonach 30 vH der Unternehmen nicht sanierungsfähig sind⁸. Ein nicht geringer Teil der Firmen — vor allem unter den großen — kann nur den Beschäftigungsstand nach der Sanierung beziffern, nicht aber den erforderlichen Investitionsaufwand. Das läßt darauf schließen, daß sie noch kein konkretes Sanierungskonzept erarbeitet haben.

Grundlegend für die Sanierung ist die Erneuerung der Anlagen. Die Treuhand-Unternehmen rechnen — wie bereits berichtet⁹ — im Schnitt mit einem etwa halb so hohen Aufwand wie die inzwischen privatisierten Firmen. Wenn auch branchenspezifische Besonderheiten einen Teil des Unterschiedes erklären, so lassen die erheblichen Diskrepanzen nur den Schluß zu, daß die Treuhandfirmen den Sanierungsaufwand unterschätzen oder daß sie mit geringeren Lohnkosten kalkulieren. Träfen diese Einschätzungen zu, wären zur Sanierung der Treuhand-Unternehmen Investitionen in Höhe von nur 40 Mrd. DM erforderlich. Stellt man indes in Rechnung, daß

Schaubild 1



- die veranschlagte Kapitalausstattung der privaten Unternehmen höher ist,
 - die Treuhand-Unternehmen weniger modern und
 - die ökologischen Altlasten vielfach noch nicht berücksichtigt sind,
- muß mit einem Betrag in dreistelliger Milliardenhöhe gerechnet werden.

⁶ Zu den Investitionsmotiven vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Zweiter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/1991, und in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 169/1991.

⁷ Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl ist nur ein sehr grober Indikator für die Größe der Betriebe; zuverlässige Angaben über die Größenstruktur der Unternehmen fehlen noch.

⁸ Vgl. Handelsblatt vom 07.11.91. Wirtschaftszweigspezifische Angaben sind nicht zu erhalten; es ist aber unwahrscheinlich, daß Industriebetriebe häufiger sanierungsfähig sind als Unternehmen aus anderen Branchen.

⁹ Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Dritter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/40 1991, und in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 176/1991.

In den Sanierungsplänen der ostdeutschen Betriebe spielen die Personaleinsparungen eine wichtige Rolle. Wie die hohe Zahl der Kurzarbeiter belegt, haben bisher viele Unternehmen versucht, Entlassungen so weit wie möglich zu vermeiden. Jetzt sind sie aber zum Personalabbau gezwungen. Die an der Befragung beteiligten Unternehmen wollten im zweiten Halbjahr 1991 ihren Personalstand um gut ein Drittel verringern. Nach Ende der Sanierungsmaßnahmen wollen sie über die Hälfte der Beschäftigten abgebaut haben. Rechnet man die Befragungsergebnisse auf die gesamte ostdeutsche Industrie hoch, so wären nach Abschluß der Sanierung nur noch 800 000 Personen beschäftigt; dabei sind Investitionen „auf der grünen Wiese“ außer acht gelassen. Will man dieses Beschäftigungsniveau erreichen, müßte — legt man westdeutsche Maßstäbe an — die abgesetzte Menge je Beschäftigten in der ostdeutschen Industrie verdoppelt werden. Die Rechnung sähe anders aus, wenn das Lohnniveau in Ostdeutschland niedriger wäre als in den alten Bundesländern, denn dann könnte mit einem geringeren Umsatz je Beschäftigten rentabel gewirtschaftet werden.

Zur Entflechtung der ostdeutschen Industrie

Die Entflechtung der ehemaligen Kombinate war eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung wettbewerbsfähiger Strukturen in Ostdeutschland. Sie begann mit der Umwandlung der Großunternehmen in Kapitalgesellschaften. Die Anteile an den Kapitalgesellschaften übernahm die Treuhandanstalt. Ein Teil etablierte sich als wirtschaftlich und rechtlich eigenständige Unternehmen. Ein anderer Teil bevorzugte das Verbleiben unter dem Dach einer Holding; ehemalige Kombinateleitungen versuchten so, ihre „Hausmacht“ zu behaupten.

Nächste Schritte waren Aufspaltung und Ausgründungen von Sparten bzw. Geschäftsfeldern. Dadurch sollten Unternehmenseinheiten mit überschaubarem, eigenständigem Produktionsprofil entstehen. Ausgründung beinhaltet die Herauslösung von Sparten oder Geschäftsfeldern und ihre Überführung in juristisch und wirtschaftlich selbständige Einheiten. Ziel ist die Konzentration der Geschäftstätigkeit auf einen Kernbereich und die Reduzierung der Fertigungstiefe. Schwerpunkte von Ausgründungen waren die Herauslösung der sozialen Dienste, der FuE-Aktivitäten, des Fuhrparks, der Reparatur- und Bauabteilungen sowie sonstiger Dienstleistungen. Bei der Ausgründung bleibt der Kern des Stammunternehmens erhalten. Aufspaltung heißt indes die Zergliederung von Großunternehmen und die Überführung der neu gebildeten Einheiten in juristisch und wirtschaftlich selbständige Produktionsunternehmen, ohne daß bestimmte Funktionen ausgegliedert werden.

Dieser Prozeß gestaltete sich äußerst schwierig. So wurden zunächst nicht selten ungezielt Unternehmensteile abgestoßen. Die abgestoßenen Betriebe gingen häufig in

Liquidation, und für das Mutterunternehmen verbesserte sich die Lage auch nicht immer, weil beispielsweise beim Ausgründen von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen innovatives Potential verloren ging. Später trat ein Wandel ein. In der Regel wurden Unternehmen erst dann ausgegründet, wenn für sie eine Marktchance gesehen wurde und/oder ihre Existenz durch Aufträge des alten Unternehmens gesichert wurde, z.B. durch Serviceverträge, vorrangige Berücksichtigung bei Vergabe von Aufträgen oder Auftragsvermittlung.

So ist beispielsweise in Verträgen eines Chemieunternehmens mit ausgegliederten produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen eine Klausel enthalten, daß ein zusätzliches Angebot unterbreitet werden kann, wenn das erste Angebot ungünstiger als das von Mitbewerbern ist. Dieses muß mit dem zweitgünstigsten Angebot konkurrieren. Damit wurde versucht, auf dem Grat zwischen „fürsorglicher Begleitung“ und Wettbewerbsgleichheit zu balancieren.

Vielfach gewährten die alten Unternehmen auch finanzielle Starthilfen, beispielsweise befristete Beteiligung an Lohnzahlungen oder Mietfreiheit, Übertragung oder Verpachtung von Gebäuden, Anlagen, Maschinen zu günstigen Konditionen. Erfolgreiche Ausgründungen waren auch für andere Betriebsteile ein Anreiz, sich selbständig zu machen.

Einige Betriebe sehen nach wie vor im Verbleib unter dem Dach einer Holding günstigere Überlebenschancen. Allerdings erweisen sich die Holding-Gesellschaften zu einem erheblichen Teil gegenüber den „entflochtenen Unternehmen“ als weniger anpassungsfähig. Ihre Privatisierungschancen sind geringer. Nach Auffassung der Treuhandanstalt ist noch die Hälfte der bestehenden Holdings zu entflechten.

Die Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus

Mitte 1991 gab es in Ostdeutschland rund 100 bis 110 werkzeugmaschinenproduzierende Betriebe. Die Beschäftigtenzahl sank von Ende 1989 bis Mitte 1991 um knapp 40 vH. Nach der Umfrage des DIW sollen bis zum Ende des Jahres 1991 nochmals 20 vH der Beschäftigten abgebaut werden. Auf mittlere Sicht rechnet die Branche mit 15 000 Beschäftigten.

Die Befragung vermittelte kein eindeutiges Bild, ob und inwieweit die Anpassung an westliche Marktverhältnisse vorangekommen ist. Immerhin waren 85 vH der Werkzeugmaschinen-Hersteller der Auffassung, daß die Qualität ihrer Produkte den Marktanforderungen entspricht bzw. eine Produktverbesserung ohne größere Schwierigkeiten zu erreichen ist. In den weiterführenden Unternehmensgesprächen wurde dies damit begründet, daß auch schon früher Werkzeugmaschinen in das westliche Ausland exportiert worden sind. Allerdings wurde der Export subven-

tioniert. Wegen der technischen Rückständigkeit in der Steuerungstechnik wurden bei den ins westliche Ausland gelieferten Maschinen allerdings häufig westliche Steuerungselemente eingebaut. Die Einbindung von modernen Steuerungen wie auch von anderen Zulieferprodukten stellen nach Einschätzung der ostdeutschen Werkzeugmaschinen-Hersteller somit kein größeres Problem dar.

Trotz dieser Einschätzung ist der Absatz ostdeutscher Werkzeugmaschinen auf westlichen Märkten nur schleppend in Gang gekommen. Mehr als die Hälfte der beteiligten Werkzeugmaschinen-Produzenten begründet dies mit Befürchtungen der Kunden, daß die Zukunft des Unternehmens unbestimmt ist und Serviceleistungen nicht gewährleistet sind. Einige Anbieter in Treuhandbesitz versuchen, durch Preisdumping renommierte Abnehmer zu gewinnen, etwa solche aus der Automobilbranche. Sämtliche an der DIW-Umfrage beteiligten Betriebe haben ihre Vertriebsaktivitäten im Westen verstärkt, hoffen aber auch darauf, wieder vermehrt in die Sowjetunion liefern zu können. Der Optimismus hinsichtlich des Osthandels gründet sich auf die Zufriedenheit der Abnehmer in der Vergangenheit und den immensen Bedarf der sowjetischen Wirtschaft. Trotz der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung in der Sowjetunion ist es einem Teil der Unternehmen gelungen, alte Geschäftsbeziehungen aufrecht zu erhalten oder neue aufzubauen. Die Hoffnung auf die Erholung des sowjetischen Marktes ist jedoch trügerisch. Zum einen ist kurzfristig ein Nachfrageschub wegen fehlender finanzieller Mittel in der sowjetischen Wirtschaft ohne westliche Fördermaßnahmen nicht in Sicht. Zum anderen wird sich im Zuge der Umwälzungen in der Sowjetunion dort ein Markt etablieren, der andere Anforderungen an die zu liefernden Werkzeugmaschinen stellt als diejenigen, die zu Zeiten der DDR aktuell waren. Erfolgreich werden ostdeutsche Werkzeugmaschinenhersteller auf dem sowjetischen Markt künftig nur dann sein, wenn sie auch auf den westlichen Märkten konkurrenzfähig sind.

Die Unternehmen des ostdeutschen Werkzeugmaschinenbaus messen der eigenen Forschung und Entwicklung große Bedeutung bei. Dennoch haben sie in erheblichem Maße Konstruktions- und FuE-Potential abgebaut. Der teilweise drastische Abbau des FuE-Personals hat seine Ursache offensichtlich auch in personeller Überbesetzung.

Bei den befragten Unternehmen wird die Ausgliederung von Betriebsteilen Ende 1991 weitestgehend abgeschlossen sein. In den Treuhandbetrieben sind Rationalisierungspotentiale groß, entsprechende Konzepte werden derzeit erarbeitet, ihre Umsetzung steht allerdings noch aus. Im Unterschied dazu sind die Betriebe in Privatbesitz im Anpassungsprozeß schon weiter vorangekommen.

Von den rund 40 Werkzeugmaschinenherstellern, die einst in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung Werkzeugmaschinenbau der Treuhandanstalt fielen, ist ein Drittel privatisiert. Die Investoren hatten Interesse an der Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten, an der qualifizierten Facharbeiterschaft sowie an günstigen Lohnkosten ge-

habt. Das haben Gespräche mit der Treuhandanstalt, dem Verband deutscher Werkzeugmaschinenhersteller sowie den Investoren selbst ergeben. Gegenwärtig tut sich allerdings die Treuhandanstalt aufgrund der schleppend verlaufenden Konjunktur im Werkzeugmaschinenbau mit der Veräußerung weiterer Betriebe schwer. Um den Verkauf anzukurbeln, sollen folgende Wege eingeschlagen werden:

- Gruppierung technologisch zusammenhängender Unternehmen mit dem Ziel, ganze Unternehmensgruppen für die Erstellung kompletter Fertigungsanlagen anbieten zu können;
- forcierte Werbung bei ausländischen Interessenten, insbesondere aus Italien, Japan und USA;
- Ansprache branchenfremder, aber am Facharbeiterstamm interessierter Unternehmen aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland.

Andere Formen einer Übernahme — Management-buy-out oder Employee-buy-out — werden nur in Ausnahmefällen für eine Option gehalten. Der hohe Kapitaleinsatz, der hier notwendig ist, kann in der Regel von den Interessenten aus Management und Belegschaft nicht finanziert werden. Daher hat sich die Treuhandanstalt zunächst zu folgender Vorgehensweise entschlossen: Diejenigen Betriebe, von denen sie glaubt, daß sie mittelfristig privatisiert werden können, werden „begleitend saniert“. In solchen Fällen versorgt die Treuhandanstalt die Betriebe mit Liquidität, berät das Management — und wartet ab. Unter „aktiver Sanierung“ werden jene Betriebe geführt, von denen sie annimmt, daß sie auch auf lange Sicht nicht privatisiert werden können. Dabei wird die Treuhandanstalt selbst unternehmerisch tätig. Liquidationen sind nicht geplant.

Bauwirtschaft

Nimmt man die Entwicklung der Nachfrage zum Maßstab, hat die ostdeutsche Bauwirtschaft die Talsohle längst durchschritten. Der öffentliche Bau expandierte im Jahresverlauf exorbitant. Sein Anteil am gesamten Auftragseingang des Bauhauptgewerbes vergrößerte sich von knapp einem Drittel auf über die Hälfte. Auch im Wirtschaftsbaubereich kam es zu einem deutlichen Anstieg; er dürfte überwiegend auf Investitionen westdeutscher Unternehmen zurückzuführen sein. Im Wohnungsbau hat sich die Nachfrage auf sehr niedrigem Niveau stabilisiert, größere Zuwächse sind nicht zu erwarten: Im Eigenheimbau üben Zins- und Baupreisentwicklung, das niedrige Einkommen der privaten Haushalte und die Arbeitsplatzunsicherheit dämpfende Einflüsse aus. Im Mietwohnungsbau hemmen die bekannten Gründe — wie ungelöste Eigentumsverhältnisse, schleppende Bauplanung — die Entwicklung im Neubau, für die Instandsetzung und Modernisierungsmaßnahmen ist die Rendite den Investoren noch viel zu gering.

Der Nachfrageanstieg wird erst verzögert produktionswirksam. Insgesamt war das Niveau der Bautätigkeit im

Bauhauptgewerbe bis August noch relativ niedrig. Bis dahin ist es nur im öffentlichen Bau — jedenfalls gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden — zu verstärkten Aktivitäten gekommen. Im Ausbaugewerbe war die Situation bereits günstiger, insbesondere deshalb, weil die diversen staatlichen Förderungsmaßnahmen sehr schnell gegriffen haben. Mittlerweile dürfte aber auch die Produktionstätigkeit im Bauhauptgewerbe an Fahrt gewonnen haben.

Die relativ günstige Entwicklung in der Bauwirtschaft ist zum größten Teil auf das Verhalten von Gebietskörperschaften, Bahn und Telekom zurückzuführen. Von dieser Nachfrage — das Investitionsvolumen wird für 1991 auf 23 Mrd. DM und für 1992 auf über 30 Mrd. DM geschätzt — profitiert aber nicht nur die Bauwirtschaft, sondern es profitieren auch vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche.

Anhaltspunkte über das Ausmaß solcher Wirkungen können anhand von Input-Output-Tabellen gewonnen werden; sie liefern Informationen über Produktionsstruktur und Vorleistungsverflechtung einer Volkswirtschaft. Für Ostdeutschland gibt es noch keine Input-Output-Tabelle. Infolge der raschen Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen kann in diesen Bereichen von ähnlichen Verflechtungsstrukturen wie in Westdeutschland ausgegangen werden. Nicht ohne weiteres möglich sind Aussagen darüber, wieviel der Nachfrage in Ost und wieviel in

Westdeutschland produktionswirksam werden. Noch am Jahresanfang 1991 haben Befragungen von Unternehmen der Bauwirtschaft in Ostdeutschland ergeben, daß teilweise weit über die Hälfte der Vorleistungen von westdeutschen Lieferanten bezogen wurden, weil diese Unternehmen kostengünstiger anbieten und sich flexibler auf Kundenwünsche einstellen konnten. Inzwischen haben sich die ostdeutschen Unternehmen schon besser den neuen Gegebenheiten angepaßt, auch haben sich westdeutsche Lieferanten und Baustoffhändler — teilweise in Kooperation mit ostdeutschen Unternehmen — in Ostdeutschland niedergelassen.

Rund drei Viertel der Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind Bauinvestitionen. Damit diese Baunachfrage befriedigt werden kann, muß die Bauwirtschaft — unterstellt man westdeutsche Verflechtungsstrukturen — mehr als 40 vH der Auftragssumme für den Kauf von Vorleistungen verwenden. Die Nachfrage des Bauhauptgewerbes nach Vorleistungen konzentriert sich auf relativ wenige Wirtschaftszweige, vor allem auf die Bereiche Steine und Erden, Eisen und Stahl, Verkehr, Handel und Dienstleistungen (Tabelle 5). Die Vorleistungskäufe des Ausbaugewerbes sind etwas breiter gestreut, hier spielen Industriezweige wie Holzverarbeitung, Elektrotechnik, EBM-Waren oder chemische Erzeugnisse eine

Tabelle 5

Produktionswirkungen der öffentlichen Investitionen nach Wirtschaftszweigen
Ergebnisse einer Modellrechnung für Westdeutschland
Der Endnachfrage zugerechnete Bruttonproduktion in vH

	Nachfrage des Staates nach		Investitionen der Eisenbahn	Investitionen der Telekom
	Leistungen des Bauhauptgewerbes	Leistungen des Ausbaugewerbes		
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,0	1,5	2,3	2,1
Chem. Ind., Mineralölverarb., Herstellung von Kunststoffwaren, Gummiverarbeitung	3,2	6,4	3,1	4,8
Steine und Erden	10,6	1,6	8,1	2,1
Eisen und Stahl	4,6	4,5	15,4	5,6
Straßenfahrzeugbau	0,3	0,2	2,8	0,8
Elektrotechnik	0,7	2,6	2,0	44,0
Holz- und Papierverarbeitung	1,3	4,6	1,2	1,1
Bauhauptgewerbe	57,8	0,1	43,5	10,5
Ausbaugewerbe	0,1	58,0	0,2	1,1
Handel	3,5	3,6	3,6	3,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3,0	2,6	2,8	11,3
Dienstleistungsunternehmen	10,6	7,9	10,3	9,0
Sonstige	2,3	6,4	4,7	4,5
Alle Wirtschaftsbereiche	100,0	100,0	100,0	100,0

Abweichungen in den Summen durch Runden.
Quelle: DIW.

noch größere Rolle. Auch die Nachfrage der Eisenbahn nach Investitionsgütern trifft in erster Linie die Bauwirtschaft, die fast 45 vH der Nachfrage befriedigt; entsprechend hoch ist auch der Anteil des Wirtschaftszweiges Steine und Erden. Ins Gewicht fallen noch die Eisen- und Stahlerzeugung, Handel und Verkehr sowie die Dienstleistungen. Von der Investitionstätigkeit der Telekom profitiert vor allem die elektrotechnische Industrie. Hier entfällt gut ein Zehntel der Nachfrage auf die Bauwirtschaft.

Der Nachfrageschub hat noch nicht zu einem Aufbau der Beschäftigung in der Bauwirtschaft geführt. Zwar ist die Kurzarbeit fast vollständig verschwunden, doch ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt weiter gesunken; dem Beschäftigungsrückgang in den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten — seit Jahresbeginn um etwa 10 000 — steht eine Beschäftigungszunahme im Ausbaugewerbe um 3 500 Personen gegenüber. Dabei veränderte sich auch die Beschäftigtenstruktur. Der Anteil der gewerblichen Arbeitnehmer an der Gesamtbeschäftigung nahm gegenüber früher deutlich zu und liegt nunmehr sowohl im Bauhaupt- wie auch im Ausbaugewerbe bei über 80 vH. Die Relation von Arbeitern zu Angestellten hat sich inzwischen fast den westdeutschen Verhältnissen angepaßt. Die Ausbildungsquote ist in Ostdeutschland ebenso hoch wie in den alten Bundesländern; hier wie dort kommen auf 100 Facharbeiter 12 Lehrlinge.

Einen Anhaltspunkt für die Intensität des Anpassungsprozesses liefert auch die Entwicklung der Zahl der Betriebe. Im Bauhauptgewerbe ist sie seit Jahresbeginn um 300 auf annähernd 2 000, im Ausbaugewerbe um 170 auf etwa 1 000 angewachsen. Diese Zunahme kam vor allem durch Aufspaltung und Ausgründung zustande. So wurden vielfach komplette Betriebsteile mit einem speziellen Leistungsprofil aus den ehemals zentral-, bezirks- oder kreisgeleiteten Kombinatn herausgelöst. Zum Teil sind diese Betriebe privatisiert worden, zum Teil befinden sie sich noch im Besitz der Treuhandanstalt.

Die Entflechtung läßt sich exemplarisch anhand der Entwicklung des ehemaligen VEB Metalleichtbaukombinat darstellen, das eines von 12 zentralgeleiteten Kombinatn war und ein Monopol im Stahlbau besaß. Das Kombinat bestand aus 12 wirtschaftlich selbständigen Einheiten, die an verschiedenen Standorten angesiedelt waren; insgesamt waren in dem Kombinat 20 000 Personen beschäftigt. Von diesen Zweigwerken sind vier Betriebe — Leipzig, Ruhland, Magdeburg, Niesky — in die „Mitteldeutsche Industrieanlagen- und Stahlbau GmbH“ überführt worden. Teilweise wurden auch Werkteile herausgelöst und in neue, selbständige Unternehmen überführt (wie Metalleichtbau Blankenburg oder Ruhland-Betriebsteil Großräschen). Die Firmenleitung der Muttergesellschaft hat sich aus der ehemaligen Kombinatnleitung rekrutiert, und aus der Forschungsabteilung und dem Ingenieurbüro sind eigenständige Tochterfirmen entstanden. Das gesamte Unternehmen untersteht der Zentrale der Treuhandanstalt und soll alsbald verkauft werden. Die Zahl der Beschäftigten

wurde drastisch — um 40 vH — gesenkt; ein weiterer Personalabbau ist geplant. Die anderen ehemaligen Werke oder Betriebsteile des Metalleichtbaukombinatn agieren inzwischen als selbständige Unternehmen, zumeist als GmbH. Ein Teil von ihnen ist privatisiert worden — teilweise durch Verkauf an westdeutsche Unternehmen, teilweise indem die Belegschaften Anteile erworben haben.

In der gesamten Bauwirtschaft sind inzwischen von den der Zentrale der Treuhandanstalt zugeordneten Betrieben — also den größeren Unternehmen — erst 10 vH privatisiert worden. Die Filialen der Treuhandanstalt haben erst 17 vH ihrer Baubetriebe veräußern können. Eine Erklärung für die geringe Privatisierungsquote dürfte sein, daß vor allem westdeutsche Bauunternehmen in Ostdeutschland Niederlassungen gründen.

Setzt man die Zahl der Beschäftigten in Relation zu der Zahl der Betriebe, so zeigt sich, daß in einem ostdeutschen Baubetrieb im Durchschnitt noch mehr als doppelt so viele Beschäftigte (139) tätig sind wie in Westdeutschland (62). Das Bild wird noch in sehr starkem Maße von Großbetrieben geprägt. Aktuelle Daten über die Größenstruktur liegen für Berlin vor. Danach entfallen in Ost-Berlin auf die Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten knapp 50 vH der Arbeitskräfte des Bauhauptgewerbes, in West-Berlin beträgt der Anteil 5 vH. Die Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten stellen hier 45 vH aller Erwerbstätigen, in Ost-Berlin aber nur 12 vH¹⁰.

Dienstleistungen

Der Dienstleistungssektor hat — anders als die Bauwirtschaft — bisher nicht die Rolle eines Schrittmachers für den „Aufschwung Ost“ spielen können. Produktion und Beschäftigung sind hier — nach den vorliegenden Informationen zu urteilen — insgesamt noch immer leicht rückläufig. Dennoch ist die Wende zum Besseren in Sicht:

— Auf der Angebotsseite ist der Umstrukturierungsprozeß voll im Gange. Die Privatisierung ist bis auf wenige Bereiche abgeschlossen; von den rund 1,8 Mill. Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor sind nur noch schätzungsweise 200 000 in Betrieben tätig, die der Treuhandanstalt gehören¹¹, Ende 1990 waren es noch doppelt so viele (Tabelle 6). Zudem sind zahlreiche neue Unternehmen entstanden, weit mehr sogar als liquidiert worden sind. Inzwischen dürfte es im ostdeutschen Dienstleistungssektor (einschließlich produzierendes Handwerk) schon etwa 300 000 selbständige Existenzen geben, verglichen mit nicht einmal 100 000 vor der Wende.

¹⁰ Statistisches Landesamt Berlin, Ergebnisse der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe von Juni 1991.

¹¹ Es handelt sich dabei ganz überwiegend um Beschäftigte im Großhandel, im Verkehrsgewerbe, im Beherbergungsgewerbe und in einigen kleinen Dienstleistungsbereichen.

Tabelle 6

Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor
in 1 000

Bereiche	31.12.1989	31.12.1990	30.09.1991
Handel	730	600	480
darunter: Treuhandunternehmen	—	190	70
Großhandel	470	200	170
Einzelhandel	670	400	310
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	670	590	500
darunter: Treuhandunternehmen	—	105	65
Eisenbahnen	270	243	222
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	34	28	20
Postdienste	138	128	117
Sonstiger Verkehr	228	191	141
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	810	820	840
darunter: Treuhandunternehmen	—	130	70
Kreditinstitute	38	52	53
Versicherungsunternehmen	12	19	27
Gastgewerbe ¹⁾	200	150	160
Dienstleistungshandwerk	70	80	83
Sonstige Bereiche	510	499	496
Alle Bereiche	2 210	2 010	1 820
<i>Nachrichtlich: Staat²⁾</i>	2 285	1 895	1 550

1) Ohne Beherbergungsbetriebe. — 2) Ohne Personen im Wartestand.
Quellen: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bundesamt, Treuhandanstalt, IAB, Schätzungen des DIW und des IfW.

— Auch auf der Nachfrageseite gibt es Anzeichen der Besserung: Unternehmensbezogene Dienstleistungen werden stärker nachgefragt, und auch die konsumnahen Dienstleistungen dürften leicht zunehmen, weil die Realeinkommen der privaten Haushalte insgesamt steigen.

Derzeit dürfte der Dienstleistungssektor (ohne Staat) reichlich ein Drittel zur Bruttowertschöpfung der ostdeutschen Wirtschaft beitragen, in der DDR war es nicht einmal ein Viertel. Freilich befindet sich der Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern mitten im Umbruch: Alte Strukturen lösen sich auf und neue bilden sich heraus, wobei jedoch auch die neuen Strukturen teilweise nur einen Zwischenschritt markieren. So entwickelt sich in den ostdeutschen Städten derzeit vor allem aus baulichen Gründen eine Einzelhandelslandschaft heraus, die an die Westdeutschlands in den fünfziger und sechziger Jahren erinnert, mit zu kleinen Verkaufsflächen und einem unattraktiven Umfeld. Riesige Verbrauchermärkte, die außerhalb der Stadtgrenzen auf der grünen Wiese entstehen, machen den vielen kleinen Einzelhandelsgeschäften das Leben schwer. Ein scharfer Verdrängungswettbewerb ist auch in anderen Bereichen spürbar, so im Verkehrsgewerbe und in Teilen des Handwerks.

Der Druck des Wettbewerbs zeigt sich nicht zuletzt im anhaltenden Personalabbau. Nach den vorliegenden Informationen sind bei den Dienstleistungsunternehmen seit Ende 1989 fast 400 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Wie fast überall gab es und gibt es dort teilweise noch immer zuviel Personal. Es wird noch einige Zeit vergehen, bis die Dienstleistungsunternehmen die Rolle des Arbeitsplatzbeschaffers spielen können, die ihnen langfristig zukommt.

Noch immer ist es nicht möglich, ein vollständiges Gesamtbild der Anpassungsprozesse im Dienstleistungssektor zu zeichnen. Im folgenden wird die Situation in denjenigen Bereichen skizziert, in denen das Informationsmaterial dazu ausreicht.

Einzelhandel

Die wirtschaftliche Situation im ostdeutschen Einzelhandel ist nach wie vor nicht rosig. Die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage dämpft weiterhin die Kaufbereitschaft. Die Umsätze stagnieren — trotz steigender Realeinkommen. Dennoch ist auf mittlere Sicht mit einer günstigen Entwicklung im ostdeutschen Einzelhandel zu rechnen. Der Ausbau der bestehenden und der Aufbau neuer Ladenetze schreitet rasch voran, so daß gegenwärtig die

Tabelle 7

**Merkmale der Netzstruktur im Einzelhandel
von BRD und DDR 1988**

Merkmal	Einheit	DDR	BRD
Verkaufsfläche je 1 000 Einwohner	m ²	302	1 141
Verkaufsfläche je Verkaufsstelle	m ²	66	194
Anteil der Verkaufsstellen unter 100 m ²	vH	91,9	68,2
Anteil der Verkaufsflächen über 400 m ²	vH	0,9	8,7
<i>Quelle:</i> Forschungsstelle für den Handel, Berlin.			

Ausweitung des Angebots der Entwicklung der Nachfrage voraussetzt.

Veränderungen des Ladennetzes prägen die Anpassungsprozesse im ostdeutschen Einzelhandel. Im Vergleich zur Netzstruktur in Westdeutschland gab es große Unterschiede (Tabelle 7). Der Anpassungsprozeß wird demzufolge durch den Abbau der Defizite — zu wenig Verkaufsfläche insgesamt, zu kleine Verkaufsstellen, mangelnde Betriebstypenvielfalt — bestimmt.

Dabei zeichnen sich folgende Grundlinien ab:

- Kleinflächige Verkaufsstellen werden weiterhin wegen mangelnder Rentabilität geschlossen. Das Marktforschungsinstitut Nielsen hat für den Lebensmitteleinzelhandel in den neuen Bundesländern prognostiziert, daß der Anteil von Läden mit einer Verkaufsfläche von weniger als 400 qm an der Gesamtzahl der Verkaufsstellen von heute 92 vH bis 2000 auf 78 vH zurückgehen wird.
- Weitergeführte Läden müssen mit erheblichem finanziellen Aufwand modernisiert werden; anderenfalls werden sie dem zunehmenden Wettbewerb langfristig nicht gewachsen sein.
- In erheblichem Umfang werden größere Verkaufsflächen geschaffen. Wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse und aus anderen Gründen werden diese neuen Läden bevorzugt im Umland größerer Städte, nicht aber in den Zentren selbst gebaut werden.
- Der Boom bei den fliegenden Händlern und beim Versandhandel läßt in dicht besiedelten Regionen allmählich nach. In dünn besiedelten, ländlichen Gegenden wird allerdings die Bedeutung mobiler Händler als Folge der Schließung kleiner, unrentabler Läden noch zunehmen.
- Provisorische Verkaufsstellen wie Zelte und Container weichen immer mehr stationären Ladenlokalen. Eine Reihe neuer, insbesondere discounterorientierter Betriebstypen ist im Entstehen.
- Großflächige Betriebsformen des Einzelhandels wie Verbrauchermärkte, Einkaufszentren, SB-Center und

SB-Warenhäuser bleiben im Aufwind. Nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Nürnberg, betrieben im Juni 1991 bereits folgende Unternehmen Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser in Ostdeutschland (Tabelle 8).

Im Zuge dieser Anpassungsprozesse wird auch weiterhin Personal in erheblichem Umfang abgebaut. Bei den Konsumgenossenschaften stehen in den kommenden Monaten abermals Entlassungen an. Auch die westdeutschen Ladenketten, die bei der HO-Privatisierung eine größere Zahl von Läden übernommen haben, werden sich im Rahmen der Netzkonsolidierung — insbesondere durch die Schließung kleinflächiger Läden — von überzähligem Personal trennen.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Post- und Fernmeldedienste

Einer der wenigen Wirtschaftsbereiche, in denen die Nachfrage seit Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kräftig expandiert, ist das Post- und Fernmel-

Tabelle 8

**Verbrauchermärkte in den neuen Bundesländern
(Stand: Juni 1991)**

Unternehmen	Zahl	Verkaufsfläche (m ²)
Massa	42	120 000
Allkauf	18	100 000
Lidl & Schwarz	18	100 000
Kaiser's	38	50 000
Spar Nordost	31	40 000
Rewe Bad Homburg	17	30 000
Konsum Berlin	18	25 000

Quelle: GfK Nürnberg.

dewesen. Es gibt allerdings beträchtliche Probleme auf der Angebotsseite: Die Kapazitäten reichen in den meisten Bereichen nicht aus, um die Nachfrage zu befriedigen.

Im Fernsprechverkehr ist es gelungen, die Zahl der Telefonverbindungen zwischen Ost und West von rund 6 600 zu Beginn dieses Jahres auf nun rund 32 000 zu erhöhen. Nach Angaben der Telekom wird diese Kapazität von den Kunden derzeit nicht voll genutzt. Dennoch kommt es noch immer im Verkehr mit bestimmten Regionen zu Netzblockaden. Ein weiterer Kapazitätsausbau ist auch deshalb geboten, weil die Nachfrage nach Ost-West-Verbindungen mit dem Ausbau des Telefonnetzes innerhalb Ostdeutschlands zunehmen wird. Beim Telefonverkehr innerhalb Ostdeutschlands hat sich die Situation nicht grundlegend verbessert. Sowohl der Verbindungsaufbau als auch die Qualität der Verbindungen sind nach wie vor unzureichend. Es ist derzeit leichter, zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland zu telefonieren als innerhalb Ostdeutschlands. Die Situation kann sich nur bessern, wenn der Ausbau des „Overlay“-Netzes rasch vorankommt. Mittlerweile sind über 300 000 Neuanschlüsse von der Telekom in Ostdeutschland verlegt worden. Das Unternehmen will bis Ende dieses Jahres 500 000 Neuanschlüsse verlegen. Das alles ist freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Inzwischen sind zu den rund 1,6 Millionen Anträgen auf Telefonanschluß, die die Telekom von der Deutschen Post übernommen hat, knapp 2 Millionen neue Anträge hinzugekommen.

Im Bereich des Postdienstes zog die Nachfrage kräftig an. Seit Oktober 1990 hat sich das Briefaufkommen vervielfacht, das Paketaufkommen vervierfacht und das Aufkommen von Päckchen gar verzehnfacht. Zu schaffen macht der Post vor allem der Boom im Stückgutverkehr wegen der starken Zunahme des Versandhandels. Trotz der Verbesserung der ostdeutschen Einzelhandelsstruktur ist das Gewicht des Versandhandels nicht — wie erwartet — zurückgegangen. Dem immensen Anstieg des Brief- und Paketaufkommens war die Post mit den veralteten Anlagen zunächst nicht gewachsen. Allenthalben kam es zu erheblichen Transportstaus.

Inzwischen hat sich die Situation zumindest in Teilbereichen gebessert. Durch den Anschluß der meisten ostdeutschen Länder an das westdeutsche Nachtflugnetz ist es nach Angaben des Postdienstes gelungen, die Laufzeiten im Ost-West-Briefverkehr auf ein bis zwei Tage zu verkürzen. Verkürzt haben sich auch die Brieflaufzeiten zwischen ostdeutschen Großstädten. Nach den Erfahrungen ostdeutscher Postbenutzer sind Laufzeiten von ein bis zwei Wochen jedoch keine Ausnahme. Schwierigkeiten gibt es weiterhin im Postverkehr zwischen kleineren Gemeinden. Kritiker des Postdienstes weisen darauf hin, daß bei der Übernahme durch die Bundespost funktionierende Organisationsstrukturen vorschnell abgebaut worden sind, ohne daß dafür angemessener Ersatz geschaffen worden wäre. Der Postdienst ist derzeit bemüht, die Engpässe durch die Errichtung neuer Gebäude und Abfertigungsan-

lagen zu beseitigen. So sollen von den bundesweit geplanten 33 Frachtzentren 8 in den neuen Bundesländern errichtet werden. Die Modernisierung des ostdeutschen Postnetzes wird nach Angaben des Postdienstes noch ein bis zwei Jahre beanspruchen.

Die Personalentwicklung bei Telekom und Postdienst verläuft unterschiedlich. Die Telekom hat den übernommenen Personalbestand (42 000) geringfügig aufgestockt. Für die nächsten Jahre plant die Telekom weitere Neueinstellungen. Der Postdienst hat von den ursprünglich 75 000 Arbeitsplätzen 5 000 abgebaut. Geplant ist die Einsparung weiterer 8 000 Stellen. Der Postdienst begründet dies mit der Notwendigkeit zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Engpässe im Postvertrieb sind danach in erster Linie durch die mangelhafte Ausstattung mit Anlagen und Gebäuden verursacht und nicht durch einen zu geringen Personalbestand.

Verkehrsgewerbe

Die Anpassungsprozesse im Verkehrsgewerbe sind durch das drastische Schrumpfen des Verkehrsaufkommens, starke Veränderungen in der Aufteilung auf die Verkehrsträger sowie Richtungsänderungen der Transportströme gekennzeichnet. Das gilt sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. Im Personenverkehr zeichnete sich bereits im letzten Jahr eine deutliche Verschiebung zum Individualverkehr ab, der als einziger Bereich im Personenverkehr ein Plus aufwies. Im Güterverkehr änderte sich dagegen die Struktur des Aufkommens der Gütertransportleistung im vergangenen Jahr kaum. Die erwartete Umorientierung weg von der Schiene und hin zu Straße und Binnenschifffahrt blieb zunächst aus. Der Straßengüterverkehr verlor sogar geringfügig Transportanteile. Erst in diesem Jahr kam es nach Angaben des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zu einer starken Verlagerung des Güteraufkommens auf die Straße.

• Straßengüterfernverkehr

Im Straßengüterfernverkehr sank das Transportleistungsaufkommen bei ostdeutschen Unternehmen im vergangenen Jahr um rund ein Drittel. Für dieses Jahr rechnet das ifo-Institut damit, daß das Niveau von 1989 bereits wieder deutlich überschritten wird. Das Beförderungsvolumen im West-Ost-Verkehr stieg 1990 um 770 vH und im Ost-West-Verkehr um 44 vH. Das ifo-Institut rechnet für dieses Jahr mit einem weiteren Zuwachs des Verkehrs von West nach Ost um 44 vH und für den Verkehr von Ost nach West mit einem Rückgang um 16 vH.

Der Rückgang des Produktionsvolumens hat die ostdeutschen Gütertransportunternehmen schwer getroffen. Der Bundesverband des Güterfernverkehrs spricht von einer „äußerst schwierigen Auftragslage“. Davon dürften

insbesondere die rund 8 000 ostdeutschen Privatunternehmer betroffen sein, die bereits zu DDR-Zeiten existierten. Nach Verbandsschätzung arbeiten viele Betriebe auf einem Auslastungsniveau, das keine Kostendeckung ermöglicht. Es zeigt sich auch, daß es vielen schwer fällt, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Aus den Reihen der privaten Transportunternehmer werden zudem Vorwürfe gegen die Transportunternehmen gerichtet, die noch im Besitz der Treuhandanstalt sind. Danach bieten die Treuhandunternehmen ihre Transportleistungen zu nichtkostendeckenden Preisen an, die Verluste würden dann von der Treuhandanstalt getragen.

Bisher sind rund 100 ostdeutsche Straßentransportunternehmen privatisiert worden. In knapp zwei Fünfteln der Fälle erfolgte die Privatisierung durch Management- oder Mitarbeiter-Übernahme. Die Treuhandanstalt rechnet damit, daß sie aus den 154 in ihrem Besitz befindlichen Kraftverkehrsbetrieben noch rund 400 verkaufsfähige Einheiten des Straßentransportgewerbes ausgliedern kann. Sie verhandelt zur Zeit über den Verkauf von 80 dieser Einheiten.

• Eisenbahngüterverkehr

Das Gütertransportaufkommen der Deutschen Reichsbahn sank im vergangenen Jahr um knapp 30 vH. Im ersten Halbjahr dieses Jahres betrug der Rückgang knapp 60 vH. Derzeit ist eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau eingetreten. Besonders macht der Reichsbahn der Rückgang im Massengutverkehr mit Braunkohle, Stahl und Eisen zu schaffen. Auch bei Baustoffen verliert sie Transportaufkommen. Von der Erholung der Bauwirtschaft profitiert sie allem Anschein nach bisher nicht. Das Schrumpfen des Massengutaufkommens ist eine Folge des Wandels der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur: Zukünftig wird das Massengutaufkommen eine weitaus geringere Rolle spielen als das Stückgutaufkommen. Will die Reichsbahn nicht einen großen Teil ihres Gütertransportaufkommens an den Straßengüterverkehr verlieren, muß sie diesem Wandel Rechnung tragen. Dazu wird es nicht allein genügen, das alte Streckennetz zu modernisieren und neue Verbindungen zu errichten. Es wird aber auch nötig sein, die Schnittstelle Straße/Schiene besser auszubauen. Bisher stand die Reparatur der sogenannten Langsamfahrstellen und das Schließen von Lücken bei innerdeutschen Verbindungen im Mittelpunkt der Arbeiten am Streckennetz.

• Binnenschifffahrt

Im vergangenen Jahr sank der Güterumschlag im Bereich der ostdeutschen Binnenhäfen um 28 vH. In diesem Jahr wird der Rückgang voraussichtlich 40 vH betragen. Bisher zeichnet sich ab, daß er bei Baustoffen, Erzen und Braunkohle besonders stark ist. Dazu trug vor allem die rückläufige Wirtschaftstätigkeit bei. Die Binnenschifffahrt

erlitt zudem durch überdurchschnittlich lange Niedrigwasserperioden auf Elbe, Oder und Saale weitere Einbußen.

Die Deutsche Binnenreederei GmbH, die aus dem VEB Binnenschifffahrt hervorgegangen ist, der mehr als 97 vH der Gesamttonnage der alten DDR Binnenflotte besaß, ist noch nicht privatisiert worden. In der Treuhandanstalt sind bisher zwei Privatisierungskonzepte diskutiert worden. Das eine Konzept sieht den Verkauf des Gesamtunternehmens an ein Reedereikonsortium vor, das andere die Aufspaltung und den Verkauf in kleineren Einheiten. Ein Verkauf an das Reedereikonsortium hätte nach Ansicht der Treuhandanstalt den Vorteil, daß die Deutsche Binnenreederei GmbH mit den notwendigen Markt- und Kundenkenntnissen ausgestattet würde. Das könnte helfen, Ladungsaufkommen zu sichern. Der Verkauf der Binnenreederei in kleineren Einheiten trüge mittelstandspolitischen Erwägungen Rechnung.

Neben dem VEB Binnenschifffahrt gab es zuletzt in der DDR rund 50 Binnenschiffer. Diese haben große Schwierigkeiten, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Ihre Schiffe sind in der Regel zu klein, die durchschnittliche Tragfähigkeit liegt bei etwa 350 t, in Westdeutschland liegt sie bei 1 014 t. Einige Reeder versuchen deshalb, durch den Kauf größerer Schiffe die Kosten zu senken; andere haben fremdes Personal entlassen und versuchen, ihr Schiff im Familienbetrieb weiterzuführen.

Langfristig besitzt die Binnenschifffahrt in Ostdeutschland ein erhebliches Wachstumspotential. Dies ergibt sich einerseits aus den veränderten Rahmenbedingungen, die eine Neuverteilung des Verkehrsaufkommens erwarten lassen, andererseits aus der geographischen Lage des ostdeutschen Wasserstraßennetzes zwischen dem west- und osteuropäischen Wirtschaftsraum. Die wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Binnenschifffahrt ihr Wachstumspotential ausschöpfen kann, ist die Modernisierung des ostdeutschen Wasserstraßennetzes. Allerdings ließe sich schon durch die Beseitigung weniger Engpässe, etwa den Ausbau des Magdeburger Elbkreuzes, die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt erheblich steigern.

• Personenverkehr

Die Entwicklung im Personenverkehr ist seit der Wende von einem steilen Anstieg des Individualverkehrs gekennzeichnet. Die Pkw-Dichte stieg nach Angaben des ifo-Instituts von Ende 1989 bis Mitte 1991 von 228 auf 331 Fahrzeuge pro 1 000 Einwohner. Ins Hintertreffen geriet der öffentliche Personenverkehr. Im vergangenen Jahr sank dessen Leistung um 18 vH. Das ifo-Institut erwartet für dieses Jahr einen ähnlich starken Rückgang. Die Einbußen bei der Deutschen Reichsbahn werden mit voraussichtlich 35 vH stärker sein als beim öffentlichen Straßenverkehr mit voraussichtlich 15 vH.

Beim öffentlichen Personennahverkehr war der Nachfragerückgang am größten. Hier schlug sich vor allem das

Schrumpfen des Berufsverkehrs nieder. Dabei gab es auffällige regionale Unterschiede: In Ballungsräumen war der Rückgang durchweg weniger stark als in ländlichen Gebieten.

Erschwert wird die Lage des Personennahverkehrs durch Probleme bei der Übertragung der Betriebe auf die Kommunen. Insgesamt befinden sich noch 111 Unternehmen mit reichlich 57 000 Beschäftigten im Besitz der Treuhandanstalt. Ein Hindernis bei der Kommunalisierung ist offenbar die Größe der Betriebe. 90 vH der Betriebe haben mehr als 50 Mitarbeiter, verglichen mit nur 7 vH in Westdeutschland. Die Treuhandanstalt hat bis Anfang November erst ein Sechstel der in ihrem Besitz befindlichen Nahverkehrsbetriebe den Kommunen übereignet. Ihren Angaben zufolge befindet sich derzeit bei einem Drittel der Betriebe die Kommunalisierung „in Vorbereitung“, bei der Hälfte besteht ein „grundsätzlicher Konsens“ mit den Kommunen. Ein zentrales Problem stellt die Finanzierung der durchweg defizitären Betriebe und die Übernahme der ökologischen Altlasten dar. Viele Kommunen warten darauf, daß die Länder sich an der Finanzierung des Personennahverkehrs beteiligen. Bevor diese Fragen nicht geklärt sind, werden die Betriebe notwendige Modernisierungsinvestitionen kaum durchführen. Darunter leidet die Attraktivität des Nahverkehrsangebotes.

Trotz des allgemeinen Trends zum Individualverkehr steigt die Zahl der privaten Omnibusunternehmen. Derzeit sind es rund 260, verglichen mit 180 vor einem Jahr. Die meisten der Neuunternehmer kommen aus Ostdeutschland. Die wirtschaftliche Situation ist in den einzelnen Verkehrsbereichen unterschiedlich: So ist die Geschäftstätigkeit im Reisebusverkehr weiterhin recht lebhaft: Während die meisten Omnibusunternehmen zunächst in erster Linie „Einkaufsfahrten“ nach Westdeutschland durchführten, haben in letzter Zeit Auslandsreisen — insbesondere ins westeuropäische Ausland — stark an Bedeutung gewonnen. Im Linienverkehr, der in Westdeutschland das zweite Standbein privater Omnibusunternehmen ist, konnten ostdeutsche Firmen noch nicht Fuß fassen. Viele Unternehmen fühlen sich von den Kommunen benachteiligt, die angeblich bei der Auftragsvergabe die Nahverkehrsbetriebe im Besitz der Treuhandanstalt bevorzugen. Die meisten Kommunen schrecken offenbar vor der Privatisierung öffentlicher Nahverkehrsbetriebe zurück. Bisher wurden nach Angaben der Treuhandanstalt erst fünf Betriebe privatisiert.

In der Mietwagenbranche hat sich der Bestand an Taxis seit 1989 etwa vervierfacht. Das ermöglichte eine Regelung im Einigungsvertrag, durch die die Konzessionsvergabe nach dem Personenbeförderungsgesetz in Ostdeutschland bis 1992 außer Kraft gesetzt wurde. Da das westdeutsche Tarifpreissystem übernommen wurde, ist der Druck auf die Preise ausgeblieben. Die Nachfrage nach Taxifahrten blieb somit hinter der Ausweitung des Angebots zurück. Derzeit fährt ein Taxi in Ostdeutschland ungefähr 1 700 DM Umsatz pro Monat ein. In Westdeutschland sind

es dagegen gut 5 000 DM. In einer Umfrage des Bundesverbandes der Personenverkehrsunternehmer gaben rund 80 vH der ostdeutschen Taxiunternehmer an, daß sie mit den Einnahmen aus dem Taxibetrieb das Auskommen ihrer Familien nicht bestreiten könnten.

Handwerk

Das ostdeutsche Handwerk ist kräftig im Aufwind: Inzwischen gibt es schätzungsweise 134 000 Betriebe gegenüber 85 000 Betrieben Ende 1989 (Tabelle 9). Fast 600 000 Arbeitsplätze sind zur Zeit besetzt. Es könnten noch mehr sein, wenn genügend Fachkräfte zur Verfügung stünden¹².

Der Aufschwung im Handwerk hat mehrere Ursachen. Die wichtigste ist: Weite Teile des Handwerks, insbesondere das Bauhandwerk und nachgelagerte Handwerke wie Maler, Glaser, Dachdecker, Bauklempner oder Heizungs-, Sanitär- und Elektroinstallateure, sind derzeit konjunkturell begünstigt. Die Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern wurden in diesem Jahr mit einer zweistelligen Rate ausgeweitet, und für das kommende Jahr ist eine noch höhere Steigerungsrate zu erwarten. Weitere Ursachen sind Angebotsdefizite, die es in der DDR bei vielen Handwerkszweigen gab. Seinerzeit waren im Reparaturhandwerk lange Wartezeiten die Regel, weil Personal und Materialien fehlten. Die Zunahme der Zahl der Betriebe und Beschäftigten läßt sich außerdem darauf zurückführen, daß viele landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Industriebetriebe Bereiche mit Dienstleistungsfunktionen, wie Bau- und Reparaturbrigaden, ausgegliedert haben. Hinzu kommt, daß größere Dienstleistungsbetriebe, wie die volkseigenen Dienstleistungskombinate und -betriebe, aufgespalten wurden.

Die Gründungswelle im Handwerk darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht wenige Unternehmen auch aufgeben. In der Planwirtschaft fanden viele Handwerke eine Existenz, die es in einer entwickelten Marktwirtschaft kaum noch gibt, wie Scherenschleifer, Keramiker, Täschner, Korbmacher, Schneider und Schirmmacher. Solche Handwerke stehen, soweit sie überhaupt noch existieren, nun vor dem Aus. Nach hochgerechneten Angaben der ostdeutschen Handwerkskammern haben seit Ende 1989 über 15 000 Betriebe die Löschung aus der Handwerksrolle beantragt; das ist etwa doppelt so viel wie in der DDR (3 000 bis 4 000 pro Jahr). Derzeit kommt auf vier Eintragungen durchschnittlich eine Löschung (Tabelle 9).

Einer Sonderauswertung der Handwerkskammer Halle zufolge sind unter den Betrieben, die aus der Handwerksrolle gestrichen wurden, auffallend viele, die erst vor kurzer Zeit eingetragen worden sind. 40 vH der Betriebe, die im

¹² Die Zahlen basieren auf hochgerechneten Angaben von 12 der 14 Handwerkskammern in den neuen Bundesländern. Nicht alle Kammern haben ihre Mitgliederkartei schon auf dem aktuellen Stand. Die Zahlen weisen also eine gewisse Fehlerbreite auf.

Tabelle 9

**Bestand, Eintragung und Löschung
von Handwerksbetrieben
in den neuen Bundesländern seit Ende 1989**

Handwerksbetriebe	Insgesamt	darunter: Produktionsgenossenschaften
Bestand (31.12.1989)	85 400	2 700
Eintragungen (1.1.1990-30.9.1991)	64 100	.
Löschungen (1.1.1990-30.9.1991)	15 500	.
Bestand (30.9.1991)	134 000	.
<i>Quellen:</i> Statistisches Jahrbuch der DDR; Schätzung des IfW nach Angaben von Handwerkskammern in den neuen Bundesländern.		

Zeitraum von 1.1.1990 bis zum 30.6.1991 ihre Tätigkeit einstellten, waren erst nach 1989 gegründet worden (Tabelle 10). Offenbar scheitern nicht wenige Handwerksbetriebe schon in der Gründungsphase.

Als nicht lebensfähig haben sich die bezirksgeleiteten volkseigenen Dienstleistungskombinate und -betriebe erwiesen. Für ein Überleben sind diese Einheiten meistens zu groß und in ihrem Leistungsspektrum auch zu heterogen. Sie haben sich weitgehend aufgelöst: Teilbetriebe wurden oder werden derzeit privatisiert, kommunalisiert oder auch liquidiert¹³. Ungewiß ist noch, was aus den einstmalig 2 700 handwerklichen Produktionsgenossenschaften wird.

**Kreditinstitute
und Versicherungsunternehmen**

Kreditinstitute

Das ostdeutsche Bankensystem wurde durch Übernahmetransaktionen westdeutscher Institute, die Ausweitung ihrer Filialsysteme sowie durch die Übertragung der west-

deutschen Organisationsstrukturen sowohl im Bereich der genossenschaftlichen wie im Bereich der öffentlich-rechtlichen Institute umstrukturiert (Tabelle 11). In den Grundzügen wurde die westdeutsche Anbieterstruktur auf den ostdeutschen Markt übertragen: ein Universalbankensystem mit einigen Großbanken sowie einer Vielzahl mittlerer und kleinerer Institute des privaten, öffentlich-rechtlichen sowie des genossenschaftlichen Bereichs. Ausländische Banken wurden nur in geringem Maße aktiv. Eine ausländische Bank hat in Ost-Berlin eine Niederlassung eröffnet; fünf weitere sind mit Repräsentanzen in Ost-Berlin und weiteren größeren Städten vertreten.

Das Spektrum der angebotenen Finanzdienstleistungen entspricht nun in seiner Vielfalt und in seinen Konditionen weitgehend dem in den westlichen Bundesländern. Allenfalls für längerfristige Einlagen bieten einige ostdeutsche Institute gegenwärtig günstigere Konditionen.

Auf der Nachfrageseite hingegen sind deutliche Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu erkennen. Im Einlagegeschäft ist bei den Kunden in den neuen Ländern der Wunsch nach längerfristigen und höher verzinslichen Anlageformen stärker ausgeprägt als im Westen. Das Kreditgeschäft ist schwieriger und risikoreicher: Viele Unternehmen haben noch keine DM-Eröffnungsbilanz vorgelegt. Es fällt ihnen auch schwer, Substanzwerte zu ermitteln und Kreditsicherheiten zu stellen, da vielerorts die Eigentumsfragen noch ungeklärt sind. Bei Konsumentenkrediten erhöht die oftmals unsichere Einkommens- und Beschäftigungssituation das Kreditrisiko. All dies hat zur Folge, daß Einzelfallentscheidungen bei der Kreditvergabe in Ostdeutschland eine weit aus größere Rolle spielen als im Westen.

Marktposition und Bilanzstruktur der einzelnen Institutsgruppen lassen sowohl im Aktiv- wie im Passivgeschäft noch das alte Muster der Spezialisierung erkennen

¹³ Vgl. Spezialthema im Gesamtbericht: Zum Stand der Privatisierung der ehemaligen Dienstleistungskombinate und -betriebe der örtlichen Versorgungswirtschaft.

Tabelle 10

Löschungen von Handwerksbetrieben im Bereich der Handwerkskammer Halle Januar 1990 bis Juni 1991

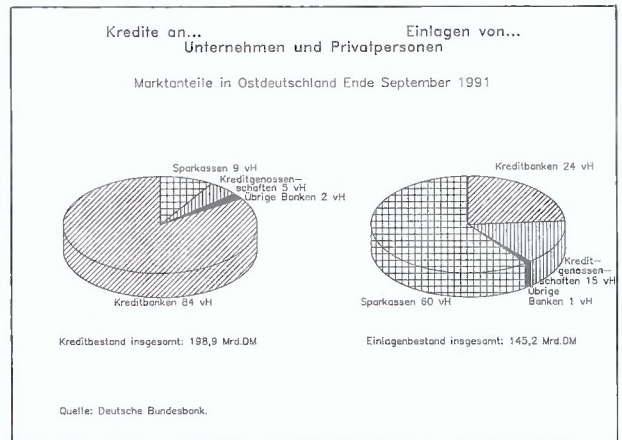
	1.1.1990 bis 30.6.1991		1.1.1991 bis 30.6.1991	
	Zahl	vH	Zahl	vH
Löschungen von Handwerksbetrieben insgesamt	1 479	100,0	347	100,0
davon waren in die Handwerksrolle eingetragen:				
vor 1950	83	5,6	42	12,1
1950 bis 1979	537	36,3	101	29,1
1980 bis 1989	300	20,3	43	12,4
1990 bis 1. Hj. 1991	559	40,0	161	46,2
<i>Quelle:</i> Handwerkskammer Halle.				

Tabelle 11
Kreditinstitute in den neuen Bundesländern
 Stand: September 1991

	Institute	Mitarbeiter
	Zahl	
Kreditbanken	73	16 000 ¹⁾
Sparkassen	191	27 000 ¹⁾
Kreditgenossenschaften	310	10 000 ²⁾
übrige Banken	19	.
Banken insgesamt	593	.

¹⁾ Jahresmitte 1991. — ²⁾ April 1991.
Quellen: Deutsche Bundesbank, Angaben verschiedener Verbände.

Schaubild 2



(Schaubild 2). Die Kreditbanken dominieren im Kreditgeschäft; ihre Bilanzen sind „aktivlastig“. Im Einlagegeschäft dagegen beherrschen die Sparkassen das Feld; ihre Bilanzen sind „passivlastig“. Die Verlagerung der Geschäftsschwerpunkte hin zu einer größeren Ausgewogenheit ist noch nicht weit fortgeschritten.

Im Zahlungsverkehr ist die Umstellung der Ostinstitute auf das westdeutsche System weitgehend abgeschlossen. Bei den Volksbanken war sie bereits im Mai 1991 beendet, aber auch die Sparkassen haben gegenwärtig bis auf einige wenige Institute das westliche System eingeführt. Damit funktioniert der Zahlungsverkehr nun nahezu reibungslos.

Dennoch sind nicht alle Probleme gelöst. Einige davon resultieren aus der schwierigen Übergangsphase. So übernahm bei der Umstellung des Zahlungsverkehrs die Landeszentralbank Berlin die Aufgabe der Schalt- und Vermittlungsstelle zwischen den beiden Zahlungssystemen. Hier kam es zu Engpässen: Angesichts einer Vielzahl von Übermittlungsfehlern und zurückgegebenen Zahlungen, die nur manuell bearbeitet werden können, hat sich ein Stau von etwa 100 000 Fällen gebildet. Der Wert dieser noch nicht ausgeführten Zahlungen wird mit 700 Mill. DM angegeben.

Die Einführung moderner Techniken ist nicht nur im Abrechnungsverkehr zwischen den Kreditinstituten, sondern auch in anderen Bereichen des Zahlungsverkehrs im Gange. So wurden bisher etwa 500 Geldausgabeautomaten installiert, davon etwa 230 von den privaten Banken, 180 im Sparkassensektor und 90 im genossenschaftlichen Bereich. Die Dichte des Automatenetzes liegt damit jedoch noch weit unter der in Westdeutschland. Nach der Einführung des Euroscheck-Systems und seiner zunehmenden Verbreitung gewinnt nun die Kreditkarte an Bedeutung. Vier große Emittenten von Kreditkarten sind nun in den neuen Bundesländern aktiv geworden und berichten von einer positiven Geschäftsentwicklung. Emit-

tenten, die auf dem ostdeutschen Markt noch nicht vertreten sind, weisen dagegen auf folgende Hemmnisse hin: die besonderen Schwierigkeiten bei der Bonitätsprüfung und die noch geringe Zahl von Akzeptanzstellen.

Versicherungsunternehmen

Die Staatliche Versicherung der DDR hatte das Monopol für das Versicherungsgeschäft im Inland und bot Einheitsversicherungen zu Einheitstarifen an. Dies hat sich, seit westdeutsche Versicherungsgesellschaften in Ostdeutschland tätig sind, grundlegend geändert: Eine Vielzahl von Versicherern bietet nun differenzierte Leistungen zu differenzierten Tarifen. An der Nachfolgegesellschaft der Staatlichen Versicherung der DDR, der Deutschen Versicherungs AG (DVAG), erwarb im Juni vergangenen Jahres die Allianz Versicherungs AG eine Mehrheit von 51 vH; 49 vH gingen an die Treuhandanstalt; der Bund übernahm die Risiken aus den Altverträgen. Das Lebensversicherungsgeschäft der Staatlichen Versicherung wurde in die Deutsche Lebensversicherungs AG (DLVAG) eingebracht. Sie ist heute eine 100prozentige Tochtergesellschaft der Allianz Versicherungs AG. Die ehemals staatliche Deutsche Auslands- und Rückversicherungs AG (DARAG), an der sich die Colonia Versicherungs AG beteiligte, war zuständig für die Versicherung der Risiken im Außenhandel und für die internationale Rückversicherung. Sie firmiert weiterhin unter ihrem alten Namen.

Die private Versicherungswirtschaft hatte insgesamt einen guten Start. Das Beitragsaufkommen in diesem Jahr wird vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft auf 10 Mrd. DM veranschlagt. Dabei stellen Lebensversicherung und Kraftfahrzeugversicherung die wichtigsten Geschäftssparten dar. Über 300 private Versicherungsgesellschaften arbeiten inzwischen in den neuen Bundesländern und beschäftigen dort bereits rund 24 000

Tabelle 12

Entwicklung des ostdeutschen Gastgewerbes 1989 bis 1991

	Einheit	1989	1990	1991
Gastronomie				
Objekte	Zahl	26 300	30 000	32 000
Plätze	Mill.	3,2	3,3	3,5
Arbeitskräfte	1 000	200	150	160
Umsatz	Mrd. DM	11,3	9,0	10,0
Hotellerie				
Objekte	Zahl	736	1 150	1 600
Betten	1 000	42	85	120

Quelle: Die Wirtschaft.

hauptberufliche sowie etwa 50 000 nebenberufliche Mitarbeiter. Außerdem gibt es etwa 2 500 selbständige Versicherungsmakler.

Den Versicherungsnehmern wurden für die bis Ende 1991 abgeschlossenen Verträge erweiterte Kündigungs- und Rücktrittsrechte eingeräumt, um sie gegen Übervorteilung zu schützen. Obwohl es zu Vertragsabschlüssen kam, die in der Öffentlichkeit Zweifel an der Seriosität der Branche weckten, blieb die Zahl der Beschwerden beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen gering.

Die öffentlich-rechtlichen Versicherer sprechen — anders als die privaten — von einem Fehlstart. Sie konnten sich nicht, wie zunächst beabsichtigt, auf eine gemeinsame Strategie der Markterschließung einigen. Im kommenden Jahr wollen jedoch auch sie, nun jeweils auf der Basis landeseigener Gesellschaften, im „Ostgeschäft“ aktiver werden: Sie sind gegenwärtig dabei, entsprechende Vertriebsnetze sowie die Organisation des Außendienstes aufzubauen.

Sonstige Dienstleistungen

Gastgewerbe

Für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe hat sich der wirtschaftliche Horizont inzwischen etwas aufgehellt. Der Umsatz entwickelte sich in diesem Jahr besser als im vergangenen Jahr — freilich bei sehr großen regionalen Unterschieden. So war die Saison in den bekannten Feriengebieten an der Ostsee oft überdurchschnittlich gut, während in den weniger bekannten Gegenden, aber teilweise auch in den ostdeutschen Mittelgebirgen, die Gäste weitgehend ausblieben.

Wie in fast allen Branchen kam es auch im Gastgewerbe zu einem kräftigen Personalabbau. Er war zu einem guten Teil betriebswirtschaftlich bedingt — die Unternehmen in

der DDR waren personell erheblich überbesetzt. Während in den alten Bundesländern im Durchschnitt 3 Beschäftigte auf eine Gaststätte und 0,8 Arbeitskräfte auf ein Hotelbett entfallen, waren es in der DDR 7,6 bzw. 2 Arbeitskräfte. Inzwischen sieht es aber so aus, als ob die Beschäftigung als Folge der Ausweitung der Kapazitäten wieder zu steigen beginnt (Tabelle 12). Schon in wenigen Jahren dürfte die frühere Beschäftigtenzahl nicht nur wieder erreicht, sondern sogar deutlich überschritten werden.

Leasinggesellschaften

Das Leasinggeschäft gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die ersten westdeutschen Leasing-Gesellschaften wurden schon im Sommer 1990 in den neuen Bundesländern aktiv. Gegenwärtig sind nahezu alle größeren und mittleren Gesellschaften vor Ort vertreten. Dennoch gilt der Markt als noch nicht vollständig erschlossen. Derzeit beschäftigen die Leasing-Gesellschaften in den neuen Bundesländern etwa 400 Mitarbeiter, von denen ein erheblicher Teil auch dort angeworben und ausgebildet wurde.

In den ersten drei Quartalen 1991 erreichte das Volumen leasingfinanzierter Investitionen etwa 2,4 Mrd. DM, resultierend aus etwa 49 000 Vertragsabschlüssen. Der wertmäßig größte Teil entfällt dabei auf das Kraftfahrzeugleasing, allerdings verliert diese Sparte an Gewicht (Tabelle 13). Das Leasing von Produktionsanlagen zeigt dagegen eine deutlich zunehmende Tendenz. Beim Immobilien-Leasing sind die Unterschiede zu Westdeutschland erheblich größer als beim Mobilien-Leasing. Hier gab es in den neuen Ländern in den ersten drei Quartalen dieses Jahres nur 18 Vertragsabschlüsse mit einem Volumen von knapp 500 Mill. DM. Das schwache Angebot hat seine Ursachen nicht nur in ungeklärten Eigentumsfragen, sondern mehr noch in der ökologischen Belastung gewerblicher Grundstücke.

Tabelle 13

**Struktur des Mobilien-Leasing nach Objektgruppen¹⁾
Januar bis September 1991**

Objektgruppen	Alle Bundesländer		darunter: Neue Bundesländer	
	Anteile in vH			
	Jan.-Juni	Juli-Sept.	Jan.-Juni	Juli-Sept.
Straßenfahrzeuge	56	55	61	53
Büromaschinen	18	24	17	18
Produktionsanlagen	8	11	12	21
Sonstige Fahrzeuge und Ausrüstungen	18	10	10	8
<i>Nachrichtlich:</i> Anschaffungswert in Mill. DM	13 610	6 987	1 252	968

1) Neugeschäft zu Anschaffungswerten.
Quelle: Bundesverband Deutscher Leasing Gesellschaften e.V.

Eine weitere Schwierigkeit stellt die Bonitätsprüfung der Leasing-Nehmer dar. Zahlreiche Unternehmen haben noch keine DM-Eröffnungsbilanz vorgelegt. Ohnehin bestehen Zweifel am Aussagewert dieser Bilanzen — vor allem, weil Grundstücke und Gebäude oft stark überbewertet sind. Zudem besitzen viele Unternehmen noch kein tragfähiges Zukunftskonzept.

Etwa die Hälfte des gesamten Leasingvolumens entfällt auf Objekte, die Investitionszulagenbegünstigt sind. In diesen Fällen wird die Investitionszulage in der Regel vom Leasing-Geber an den Leasing-Nehmer weitergegeben.

Freie Berufe

Der Stand der freien Berufe muß in Ostdeutschland nahezu vollständig aufgebaut werden. Zum Zeitpunkt der Wende gab es nur etwa 6 700 freiberuflich Tätige, inzwischen sind es schätzungsweise 35 000 bis 40 000 (Tabelle 14).

Der Prozeß der Existenzgründungen verläuft in den einzelnen Berufsgruppen recht unterschiedlich. Bei den Heilberufen ist eine beachtliche Dynamik zu beobachten. Bei den steuer-, rechts- und wirtschaftsberatenden sowie den

Tabelle 14

Zahl der Selbständigen in freien Berufen in den neuen Bundesländern¹⁾ 1990 und 1991

	1.10.1990	31.12.1990	30.6.1991	1.10.1991
Rechtsanwälte	1 600	2 000	2 200	2 900
Nur-Notare	250	370	450	450
Patentanwälte	.	160	180	230
Wirtschaftsprüfer/Vereidigte Buchprüfer	.	70	120	150
Steuerberater/Steuerbevollmächtigte	350	2 500	2 600	2 800
Tierärzte	.	.	.	1 520
Architekten	350	600	1 250	1 550
Beratende Ingenieure	.	2 000	3 000	3 000
Ärzte	650	6 000	10 530	12 370
Zahnärzte	900	4 000	6 000	6 940
Unternehmensberater	.	.	.	450
Apotheker	50	600	1 600	1 920
Freie Kulturberufe	2 500	.	.	.

1) Ohne Ost-Berlin.
Quelle: Institut für Freie Berufe.

technisch-naturwissenschaftlichen Berufen dagegen vollzieht sich dieser Prozeß recht schleppend. Die unterschiedliche Gründungsdynamik beruht im wesentlichen darauf, daß die in der Vergangenheit erworbenen Qualifikationen jeweils in unterschiedlichem Maße entwertet wurden.

Insbesondere in den technischen, rechts- und wirtschaftsberatenden freien Berufen bestehen noch erhebliche Defizite. Eine Ausnahme bildet nur die Berufsgruppe der Notare. Diese Defizite werden bislang von Freiberuflern, die ihre Praxis in Westdeutschland haben, nur unzureichend ausgeglichen. So gibt es in Ostdeutschland zur Zeit nur etwa 2 900 Rechtsanwälte, 2 800 vorläufig bestellte Steuerberater, knapp 1 600 Architekten und 3 000 beratende Ingenieure. Viele von ihnen müssen sich zunächst umfassend neu qualifizieren. Zumeist fehlen Kenntnisse der westdeutschen Vorschriften und Richtlinien, eine fachliche Spezialisierung und praktische Erfahrung. Einige Rechtsanwälte sind politisch belastet. Sie müssen damit rechnen, daß ihnen die Zulassung entzogen wird.

Viele Angehörige der freien Berufe finden allerdings in der Selbständigkeit noch keine ausreichende Existenzgrundlage. Dies gilt insbesondere für Architekten, soweit sich ihre Berufserfahrung auf die Anwendung der Plattenbauweise beschränkt. Bauherren vergeben nicht selten ihre Aufträge an westdeutsche Architekten; den ostdeutschen bleibt häufig lediglich die Funktion des örtlichen Bauleiters. Mancherorts sehen sich Architekten und Vermessungsingenieure auch durch die öffentliche Verwaltung behindert, die auch die Planungs- und Vermessungstätigkeiten, die von Freiberuflern ausgeführt werden können, im eigenen Aufgabenbereich halten will.

Ein Hemmnis ersten Ranges für niederlassungswillige Freiberufler ist die Knappheit an geeigneten Räumlichkeiten für Büro, Praxis oder Kanzlei. Sie fehlen oft gänzlich oder sie sind, vor allem in den Ballungsräumen, nur zu kaum tragbaren Mieten verfügbar.

Öffentliche Verwaltung

Der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung ist eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Erneuerung Ostdeutschlands: Viele privatwirtschaftliche Entscheidungen bedürfen der behördlichen Genehmigung, eine ganze Reihe wirtschaftlicher Aktivitäten sind dem Staat vorbehalten. Schon bald nach der Vereinigung zeigte sich, daß die ostdeutsche Verwaltung ein gewichtiger Engpaßfaktor war. Mittlerweile ist es gelungen, viele der administrativen „Flaschenhälse“ zu beseitigen. Es finden sich aber immer noch Problembereiche, in denen der Verwaltungsvollzug den Erfordernissen des wirtschaftlichen Neuanfangs nicht gerecht wird.

Am Anfang bestand die Hauptaufgabe darin, die Verwaltungsstrukturen der DDR an das westdeutsche System anzupassen. Dabei gewann die Qualifizierung und Umschu-

lung der Beschäftigten immer mehr an Bedeutung. Wichtig waren die Patenschaften von westdeutschen Ländern und Kommunen: Vor allem wurden Verwaltungsfachleute entsandt. Bestand zu Beginn großer Mangel an westdeutschen Beamten, die bereit waren, nach Ostdeutschland zu gehen, so hat sich die Situation mit der Gewährung attraktiver finanzieller Anreize grundlegend gewandelt. Ende September 1991 standen beispielsweise an der vom Bundesinnenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden eingerichteten Personalbörse 2 000 Bewerbungen von westdeutschen Verwaltungsfachleuten lediglich 300 Anfragen aus dem Osten gegenüber. Angesichts der noch immer großen Verwaltungsprobleme verwundert die geringe Nachfrage, zumal der Bund einen Fonds eingerichtet hat, aus dem die Gemeinden für die Einstellung westdeutscher Verwaltungsexperten Zuschüsse erhalten. Dieser Fonds war Ende September nur zu einem Fünftel ausgeschöpft. Gründe hierfür sind:

- Die Kommunen mußten aufgrund des Einigungsvertrages alle Beschäftigten in kommunalen Einrichtungen übernehmen. Sie konnten nicht — wie Bund und Länder — Einrichtungen „abwickeln“. Der Personalüberhang beansprucht Mittel, die ansonsten für die Einstellung westdeutscher Verwaltungsexperten verwandt werden könnten. Zwar sind nach dem Einigungsvertrag ordnungsgemäße Kündigungen möglich, wenn Mitarbeiter mangels Qualifikation oder Bedarf nicht einsetzbar sind. Viele Kommunen schrecken aber vor solchen Kündigungen zurück, u.a. weil sie eine Welle langwieriger Arbeitsgerichtsprozesse fürchten.
- Viele Verwaltungseinrichtungen, die derzeit auf kommunaler Ebene entstehen, werden im Gefolge der anstehenden Gebietsreform wieder aufgelöst¹⁴. Kleinere Kommunen möchten sich deshalb nicht zusätzlich an Personal binden.
- Es scheint aber auch so zu sein, daß man angesichts der Arbeitsmarktlage lieber auf die Weiterqualifikation ostdeutscher Mitarbeiter setzt, als auf die Einstellung westdeutscher Experten. Der Bund und die westdeutschen Länder sollten dies bei ihrer Aufbauhilfe berücksichtigen und die Qualifizierung ostdeutscher Verwaltungsmitarbeiter stärker als bisher unterstützen.

Es ist derzeit nicht einzuschätzen, wie weit der Verwaltungsaufbau insgesamt vorangekommen ist. Die Informationen fügen sich noch nicht zu einem geschlossenen Bild. Berichten über Fortschritte in einigen Bereichen stehen immer wieder solche über gravierende Engpässe in anderen Bereichen gegenüber. Nach wie vor scheint die Lage der Grundbuchämter kritisch zu sein. Engpässe gibt es

¹⁴ In Ostdeutschland ist der Anteil der Zwerggemeinden größer als er vor der Gebietsreform in Westdeutschland war: 48 vH der ostdeutschen Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner; nur 5,2 vH haben mehr als 5 000 Einwohner. Legt man also 5 000 Einwohner als Untergrenze für eine selbständige Gemeinde zugrunde, so wären rund 95 vH aller Gemeinden von der Gebietsreform betroffen.

auch im Bereich der Bauämter. Das ist um so problematischer als dadurch Investitionen erschwert werden. Hinzu kommt, daß die Länder vielfach noch nicht Raumordnungspläne verabschiedet haben und die Kommunen auch deshalb noch keine Flächennutzungspläne aufstellen konnten.

Finanzen der Länder und Gemeinden

Die Finanzen der ostdeutschen Länder und Gemeinden haben sich bisher offenbar günstiger entwickelt, als allgemein erwartet worden war. Im Finanzbericht 1992 wurden die Haushaltsfehlbeträge der neuen Bundesländer (ohne Ost-Berlin) auf fast 20 Mrd. DM und die ihrer Kommunen auf 3½ Mrd. DM geschätzt. Etwa zum gleichen Zeitpunkt hatte das DIW eine Modellrechnung vorgelegt, nach der sich Haushaltslücken von 8 bzw. 5 Mrd. DM ergaben. Bisher haben jedoch beide Haushaltsebenen Überschüsse erzielt: Bei den Ländern waren es bis Ende Oktober 1991 rund 1 Mrd. DM, bei den Gemeinden im ersten Halbjahr 1991 sogar 5,9 Mrd. DM. Allerdings ist bei der Bewertung dieser Daten Vorsicht geboten. Vor allem die Ergebnisse der Gemeinden sind dadurch verzerrt, daß beispielsweise die Ausgaben für Investitionsprojekte entsprechend ihrem Planungs- bzw. Baufortschritt getätigt werden und bis zur Jahresmitte erst wenige Vorhaben in Angriff genommen waren. Die reichliche Liquidität, die den Gemeinden in den ersten Monaten dieses Jahres aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ und dem Sofortprogramm des Bundes zur Unterstützung kommunaler Investitionen zugeflossen sind, wird am Jahresende aufgezehrt sein. Nach Angaben der ostdeutschen Kommunen sind die Mittel aus dem Sofortprogramm des Bundes vollständig verplant und werden noch in diesem Jahr ausgabewirksam. Die ostdeutschen Gemeinden haben zudem die zinsbegünstigten Kredite für Investitionen rege in Anspruch genommen. Im

zweiten Halbjahr 1991 sind also sehr viel höhere Investitionsausgaben der Gemeinden zu erwarten. Gleichwohl dürften die kommunalen Investitionen mit schätzungsweise 450 DM je Einwohner noch längst nicht das westdeutsche Niveau — knapp 700 DM — erreichen; gemessen am Bedarf ist freilich auch dieser Betrag noch viel zu niedrig.

Höhere Ausgaben als im ersten Halbjahr sind vor allem durch die Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst programmiert. Aber auch soziale Leistungen wie Wohngeld und Sozialhilfe werden vermehrt in Anspruch genommen werden. Alles in allem dürften Länder und Gemeinden ihre Haushalte 1991 mit einem relativ geringen Defizit — in der Größenordnung von 3 bis 5 Mrd. DM — abschließen.

Dieses Ergebnis darf aber nicht zu dem Schluß verleiten, daß die Finanzlage der ostdeutschen Länder und Gemeinden 1992 rosiger sein wird. Der Kern des Problems liegt darin, daß die Mittel aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ schon im nächsten Jahr spärlicher fließen und die Soforthilfen des Bundes für kommunale Investitionsvorhaben entfallen, die Steuermehreinnahmen diese Mindereinnahmen aber kaum ausgleichen (Tabelle 15).

An westdeutschen Verhältnissen gemessen wird das Steueraufkommen auch 1992 noch sehr niedrig sein. Daher ist es zu begrüßen, daß der Bund seinen Anteil am Fonds „Deutsche Einheit“ aufstocken will. Der Finanzbedarf der ostdeutschen Länder und Gemeinden wird nämlich größer werden. Sehr viel stärker als bisher wird der Ausbau der Infrastruktur zu Buche schlagen. Auch müssen die Gemeinden erhebliche finanzielle „Altlasten“ tragen, vor allem wegen der Subventionierung des kommunalen Wohnungsbestandes, der Bezuschussung der kommunalen Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen sowie auch der Finanzierung von Kultur-, Sozial- und Sporteinrichtungen.

Tabelle 15

Einnahmen der Länder und Gemeinden in Ost- und Westdeutschland je Einwohner 1991 und 1992

Art der Einnahmen	1991	1992	1991	1992
	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	in DM			
Steuereinnahmen	1 450	1 850	4 650	5 000
Länder	1 250	1 550	3 350	3 600
Gemeinden	200	300	1 300	1 400
Fonds Deutsche Einheit	2 200	2 000	—	—
Länder	1 400	1 300	—	—
Gemeinden	750	700	—	—
Sofortprogramm Bund				
Gemeinden	300	—	—	—

Quelle: Schätzung des DIW.

Die geringe „originäre“ Finanzkraft der Kommunen stellt auch ein Hindernis für eine stärkere Verschuldung dar, denn die vom kommunalen Haushaltsrecht vorgegebenen Verschuldungsgrenzen richten sich nach der „dauernden Leistungsfähigkeit“ der Kommunen, also den künftigen Einnahmen: Je höher die Einnahmen aus Steuern oder Zuweisungen der Länder sind, um so größer ist im Prinzip ihr Kreditspielraum. Also sind die Länder mehr gefordert als bisher. Sie müssen den Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können. Wie in Westdeutschland sind die Gemeinden Hauptinvestor der öffentlichen Hand. In Anbetracht der relativ günstigen Haushaltslage in diesem Jahr und des geringen Schuldenstandes — die neuen Bundesländer sind noch nicht mit Altschulden¹⁵ belastet — kann den ostdeutschen Ländern durchaus eine deutlich höhere Nettokreditaufnahme zugemutet werden: Ein gutes örtliches Infrastrukturangebot ist die Basis für die wirtschaftliche Erneuerung und damit auch für höhere Steuereinnahmen in der Zukunft. Dessen ungeachtet sollten auch die alten Bundesländer — gleichsam im Vorgriff auf ihre Leistungen im Länderfinanzausgleich von 1995 an — vermehrt an den Kosten des Einigungsprozesses beteiligt werden. So sollten auch sie ihren Beitrag zum Fonds „Deutsche Einheit“ aufstocken.

Wirtschaftsförderung

Die gewerbliche Wirtschaft wird auf vielfältige und kaum noch überschaubare Weise unterstützt. Auch wenn kein konsistentes Konzept existiert, so lassen sich doch zwei grundsätzliche Ansatzpunkte der Wirtschaftspolitik erkennen: Auf der einen Seite sollen in der Regel Arbeitsplätze in Treuhand-Unternehmen solange gestützt werden, bis dort wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstanden sind. Auf der anderen Seite sollen die Rahmenbedingungen für Investitionen und für den Aufbau moderner und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze verbessert werden.

Gemessen am finanziellen Aufwand liegt der Schwerpunkt der Hilfen bei den Treuhand-Unternehmen. Die Treuhandanstalt stellt als direkte Hilfen ihren Unternehmen 1990/91 mindestens 8 Mrd. DM zur Verfügung¹⁶. Die Mittel sollen für die Sanierung der Unternehmen eingesetzt werden; der überwiegende Teil dient aber der Finanzierung von Sozialplänen. Hinzukommt die Entschuldung von Unternehmen, die als sanierungswürdig eingestuft wurden. Sie sind bisher im Umfang von 16 Mrd. DM entschuldet worden, und ihr Eigenkapital wurde um 7 Mrd. DM aufgestockt. Alles in allem werden den Treuhand-Unternehmen in diesem Jahr mindestens 31 Mrd. DM an Unterstützung zufließen. Das Bürgschaftsvolumen bewegt sich in einer ähnlichen Größenordnung, ohne die Hermes-Bürgschaften mit Sonderkonditionen für die Exporte in die Sowjetunion¹⁷. Bisher mußte die Treuhandanstalt für ver-

bürgte Liquiditätskredite in Höhe von 8 Mrd. DM einstehen¹⁸.

Das Finanzvolumen für die Förderung der Investitionstätigkeit ist viel geringer. Die Steuermindereinnahmen aufgrund der Investitionszulage für Ausrüstungen in Höhe von 12 vH dürften sich 1991 auf 3 Mrd. DM belaufen. Sonderabschreibungen werden höchstens mit einer halben Mrd. DM zu Buche schlagen. Für Investitionszuschüsse nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) stehen für die gewerbliche Wirtschaft etwa 4 Mrd. DM bereit.

Welche Bedeutung die Unternehmen den verschiedenen Finanzhilfen beimessen und ob nicht andere Formen der Unterstützung besser geeignet wären, ist weitgehend unbekannt. Das DIW hat bei seiner Befragung im Sommer dieses Jahres die ostdeutschen Industrieunternehmen gebeten, Maßnahmen zu nennen, die ihrer Einschätzung nach geeignet sind, den Anpassungsprozeß in ihren Betrieben zu unterstützen. Nur ein Zehntel der Unternehmen hat angegeben, daß sie Unterstützung von außen nicht für erforderlich halten. Bei privatisierten Unternehmen war der Anteil doppelt so hoch. Kleine Unternehmen glaubten eher als große, ohne Hilfen auszukommen.

Unter den von den Unternehmen genannten Maßnahmen rangieren die verschiedenen Arten der Förderung von Investitionen an erster Stelle. Dies gilt für alle Branchen sowie für große und für kleine Unternehmen. Dies überrascht nicht, da die Unternehmen den Ersatz alter Produktionsanlagen als eines der zentralen Probleme ansehen¹⁹. Viele Unternehmen benötigen Beratungsleistungen, vor allem Know-how darüber, wie neue Märkte erschlossen werden können. Eine Reihe von Unternehmen verlangt sogar, daß die Treuhandanstalt oder der Staat sie bei der

¹⁵ Nach 1993 soll der Kreditabwicklungsfonds, in dem die Altschulden der DDR zusammengefaßt sind, aufgelöst und die Schulden auf die Treuhandanstalt übertragen werden. Sofern die Verkaufserlöse der Treuhandanstalt zur Schuldentilgung nicht ausreichen, wird die Restschuld je zur Hälfte auf Bund und die neuen Bundesländer verteilt.

¹⁶ Treuhand-Informationen, Ausgabe 7/1991. Presseberichten zufolge stehen für Sanierungszwecke aber deutlich mehr, ca. 12 Mrd. DM zur Verfügung. Handelsblatt, „Sieben von zehn Betrieben sind sanierungsfähig“; 7.11.1991

¹⁷ Das „Hermes-Sonderprogramm UdSSR“ verbessert die Exportchancen der ostdeutschen Wirtschaft ganz erheblich, vor allem, weil die sonst übliche Begrenzung des Handelsvolumens („Plafond“) aufgehoben wurde und die übliche Anzahlungspflicht des Kunden von 15 vH des Warenwertes entfällt. Die tilgungsfreie Zeit beträgt 3 statt einem halben Jahr, die Laufzeit ist von 8 auf 10 Jahre verlängert worden. Nicht aufgehoben wurde allerdings die Mindestbeteiligungspflicht der Banken von 5 vH des Warenwertes.

¹⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Treuhand rechnet mit Defizit von 30 Mrd. DM“, 26.10.1991.

¹⁹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Dritter Bericht, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/40 1991, und in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 176/1991.

Suche nach Aufträgen aktiv unterstützt. Man hätte erwarten können, daß eine große Zahl von Unternehmen auf eine schnelle Entscheidung und finanzielle Absicherung des gerade erst eingereichten Unternehmenskonzeptes Wert legen würde. Dies ist aber offensichtlich nicht der Fall. Zu vermuten ist, daß die ausreichende Versorgung mit Betriebsmittelkrediten den Druck auf die Unternehmen mindert. Im Einklang damit steht der Befund, daß nur eine Minderheit der Unternehmen auf die Zufuhr von privatem Kapital und Know-how setzt. Die meisten Befragten glauben offenbar, mit Hilfe von Sanierungskonzepten und Unterstützung der Treuhandanstalt über die Runden zu kommen.

Die Befragung bestärkt die Vermutung, daß die Art und Weise, wie die Treuhandanstalt ihre Unternehmen unterstützt, den Strukturwandel eher behindert als vorantreibt. Viele Geschäftsleitungen der Unternehmen verhalten sich — ausgestattet mit einem ausreichenden Liquiditätspolster — weitgehend passiv: Man erwartet, daß die Treuhandanstalt die aktive Rolle für das Unternehmen spielt. Je länger dieser Zustand andauert, desto mehr öffentliche Gelder verpuffen ohne Wirkung für Investitionen und Arbeitsplätze und desto geringer werden zugleich die Überlebens- und Privatisierungschancen dieser Unternehmen. Die Treuhandanstalt will auch im nächsten Jahr reichlich Liquidität bereitstellen. Sie hält neuerlich einen Bürgschaftsrahmen von 30 Mrd. DM für notwendig.

Zugleich wächst die Treuhandanstalt mehr und mehr in die Rolle eines Sanierers ihrer Unternehmen hinein, während die Privatisierung immer schwieriger wird. 70 vH ihrer Unternehmen hat sie aufgrund von testierten Eröffnungsbilanzen und aufgrund der vorgelegten Unternehmenskonzepte als sanierungsfähig eingestuft. Zu Buche schlagen wird die Ausstattung mit Eigenkapital. Hinzu kommen die staatlichen Hilfen für Investitionen.

Mit den unterschiedlichen Maßnahmen zur direkten Förderung der Investitionen schafft die Bundesregierung attraktive Bedingungen für Unternehmen in den neuen Bundesländern. Die wichtigsten Maßnahmen sind die Investitionszulage und der Investitionszuschuß im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA).

Die Investitionen werden in Ostdeutschland — die Sonderabschreibungen von 50 vH eingerechnet²⁰ — stärker gefördert als in westdeutschen Fördergebieten. Mit Zulage, Zuschuß und Sonderabschreibung kann etwa die Hälfte einer Investition in Ostdeutschland finanziert werden, in westdeutschen Fördergebieten sind es dagegen höchstens 18 vH. Auch im Hinblick auf die Ertragseffekte sind die Unterschiede erheblich. Allein Zulage und Zuschuß ersetzen gut ein Drittel der Eigenmittel. Dies ist fast doppelt so viel wie in westdeutschen Fördergebieten. Hinzu kommt der abdiskontierte Barwert der Sonderabschreibungen. Das Fördergefälle ist noch größer bei Unternehmen, die laufend investieren und denen über die Sonderabschreibungen ein dauerhafter Zuschuß gewährt wird.

Auch das wichtigste der angebotenen Kreditprogramme — das ERP-Kreditprogramm — weist im Vergleich mit Westdeutschland deutlich günstigere Konditionen auf. Die ERP-Darlehen stehen in der Regel nur für mittelständische Unternehmen mit bis zu 50 Mill. DM Jahresumsatz zur Verfügung. Damit sollen Existenzgründungen, Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen, Umweltschutzinvestitionen sowie Vorhaben im Bereich des Tourismus finanziert werden. Finanziert wird bis zu 50 vH der Investition, höchstens aber 1 Mill. DM. Bei ERP-Programmen für westdeutsche Unternehmen ist der Höchstbetrag in der Regel auf 300 000 DM begrenzt. Der Zinssatz beträgt derzeit 7,5 vH, das ist 1 vH-Punkt weniger als bei ERP-Krediten in Westdeutschland. Wegen der derzeitigen hohen Kapitalmarktzinsen und im Hinblick auf das geringe Eigenkapital des Mittelstandes in Ostdeutschland hat dies eine besondere Bedeutung. Die Darlehen laufen maximal über 15 (bei Anlagen) bzw. 20 Jahre (bei Bauten) und damit fünf Jahre länger als in Westdeutschland. Bis zu fünf Jahre können tilgungsfrei sein, in den alten Bundesländern nur zwei Jahre.

Im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe“ sind seit ihrer Einführung im vergangenen Jahr bis Ende Oktober 1991 knapp 3 400 Vorhaben bewilligt worden. Dafür wurden knapp 7 Mrd. DM bereitgestellt (Tabelle 16). Die Unternehmen beabsichtigen Investitionen von knapp 36 Mrd. DM, dies sind knapp 11 Mill. DM je Vorhaben. Der Zuschuß des Staates beträgt damit immerhin ein Fünftel. Fast drei Viertel der Investitionen sollen bereits 1991 und 1992 realisiert werden. 135 000 Arbeitsplätze sollen zusätzlich geschaffen, 113 000 gesichert werden. Für jeden Arbeitsplatz werden demzufolge 144 000 DM investiert. Dies entspricht in etwa der Investitionsintensität bei geförderten Unternehmen in westdeutschen GA-Gebieten. Gemessen daran, daß in den ostdeutschen Betrieben erst ein Kapitalstock aufgebaut werden muß, ist dies eine zu geringe Summe.

Der Antragsstau, der noch bis in den Frühsommer dieses Jahres zu beobachten war, ist inzwischen weitgehend abgebaut. Im ersten Quartal 1991 kamen auf einen bewilligten Antrag noch 14 unbearbeitete Anträge, im zweiten Quartal bereits nur 6, und derzeit beträgt die Relation noch 3:1. Die Bewilligung von Anträgen bedeutet freilich noch nicht, daß auch tatsächlich investiert wird. Erkennen läßt sich dies erst am Abfluß der GA-Mittel. Die Zuschüsse werden dann ausgezahlt, wenn die Anschaffung von Maschinen oder die Errichtung von Gebäuden nachgewiesen worden ist. Nach wie vor verläuft der Abfluß der Mittel schleppend, wenn auch das Tempo deutlich zugenommen hat. Ende Oktober waren 17 vH der bewilligten Mittel ausgezahlt, Ende September waren es 12 vH, Mitte des Jahres erst 4 vH. Offen ist, ob hierfür Engpässe im Bereich der kommunalen Verwaltung verantwortlich sind. An-

²⁰ Die Sonderabschreibung kann zusätzlich zu der Normalabschreibung im Jahr der Investition und in den folgenden vier Jahren geltend gemacht werden. Die Bedingungen entsprechen denen der Zulage. Die Maßnahme ist bis Ende 1994 befristet.

Tabelle 16

**Bewilligte und förderfähige Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft
im Rahmen der GA sowie abgeflossene GA-Mittel**
Stand: 31.10.1991

	Investitionsvorhaben	Investitionsvolumen		GA-Mittel
		insgesamt	je Vorhaben	
	Zahl	Mill. DM		
Bewilligte Vorhaben	3 391	35 800,5	10,6	6 964,7
Förderfähige Vorhaben	11 425	65 037,8	5,7	12 652,6 ¹⁾
Abgeflossene GA-Mittel	.	.	.	1 156,1

1) Geschätzt.
Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft, DIW.

haltspunkte hierfür gibt die Tatsache, daß Baugenehmigungen nicht schnell genug ausgesprochen werden und auch Flächennutzungspläne in vielen Gemeinden noch nicht existieren.

Längerfristig gesehen kann aber mit kräftigen Investitionen gerechnet werden. In Bearbeitung befinden sich insgesamt noch gut 11 000 Anträge mit einem Investitionsvolumen von 65 Mrd. DM. Dies bedeutet allerdings auch eine kräftige Ausweitung des Finanzrahmens. Wenn es bei den bisherigen Konditionen bleibt, sind weitere 13 Mrd. DM GA-Mittel allein für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft notwendig, fast doppelt so viel wie bisher.

Das ERP-Programm ist für 1991 weitgehend ausgeschöpft, es sind bereits 71 000 Kreditanträge mit einem Volumen von 10 Mrd. DM eingereicht worden. Im letzten Jahr waren es 62 000 Anträge mit einem Kreditvolumen von 8 Mrd. DM. Zugesagt sind inzwischen 13 Mrd. DM, ausgezahlt 8 Mrd. DM. Bei einer angenommenen Finanzierungsquote von gut 50 vH werden mit den beantragten Krediten Investitionen von reichlich 30 Mrd. DM in der mittelständischen Wirtschaft mitfinanziert.

Die Bearbeitung der Anträge hat sich inzwischen so eingespiegelt, daß Darlehen in Höhe von 13 Mrd. DM zugesagt werden konnten. Ausgezahlt sind bereits 8 Mrd. DM. Die Mittel fließen hier rascher ab, da ein Großteil der Darlehen zur Modernisierung bereits bestehender Betriebe eingesetzt wird (Tabelle 17).

Beantwortet werden muß von der Politik auch die Frage, wie Investitionen von Treuhand-Unternehmen bei GA-Zuschüssen behandelt werden. Bisher verfahren die Bundesländer unterschiedlich. Aus Ländersicht und unter fiskalischen Gesichtspunkten ist die Ablehnung von Zuschüssen für Treuhand-Unternehmen verständlich.

**Anpassungsprozesse in Ostdeutschland:
Eine Zwischenbilanz**

Die Vereinigung ist erst dann vollendet, wenn das Wohlstandsgefälle weitgehend beseitigt ist. Bis dahin wird noch viel Zeit vergehen. Deshalb wird die Unterstützung aus den alten Bundesländern — sei es durch Transferzahlungen,

Tabelle 17

Beantragte und zugesagte ERP-Kredite nach Förderprogrammen März 1990 bis Oktober 1991
Anteile in vH

Förderprogramm	Anträge		Zusagen	
	Zahl	Kreditvolumen	Zahl	Kreditvolumen
Existenzgründung	63,8	46,9	62,8	49,7
Modernisierung	27,0	39,5	27,2	37,9
Umwelt	0,8	5,2	0,7	3,5
Tourismus	8,4	8,4	9,3	8,9
Förderprogramme insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft.

sei es durch Wissenstransfer — noch über einen größeren Zeitraum fortgesetzt werden müssen.

Der Anpassungsprozeß, in dem alte, nicht wettbewerbsfähige Strukturen zerstört und neue aufgebaut werden, gestaltet sich schwierig. Die Zerstörung schreitet rasch voran, der Neuaufbau verläuft schleppend, weil die dazugehörigen Lernprozesse Zeit benötigen. Aus Sicht der Menschen in Ostdeutschland ist es verständlich, daß sie sich gegen den Verlust ihrer alten Arbeitsplätze zur Wehr setzen. Zu bedenken ist aber, daß die Erhaltung nicht wettbewerbsfähiger Produktionen Mittel bindet, die zum Aufbau der Wirtschaft dringender benötigt werden. Dies ist aber nicht nur ein ostdeutsches Problem. Zwar wurde in Westdeutschland mit dem Abbau von Subventionen begonnen; vor dem Hintergrund dessen, was den Bewohnern in Ostdeutschland gegenwärtig an Anpassungslasten aufgebürdet wird, sind die bisherigen Maßnahmen aber sehr halbherzig. Hinzu kommt, daß nach dem Motto „gleiches Recht für alle“ für die in Westdeutschland subventionierten Bereiche auch für Ostdeutschland zumindest dieselben Subventionsbedingungen verlangt werden.

Es kann davon ausgegangen werden, daß sich in Ostdeutschland die Bereiche, die für lokale oder regionale Märkte produzieren, rasch entwickeln werden. Dazu gehören das Baugewerbe, das Handwerk, der Handel, der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung, die Banken und Versicherungen sowie die anderen Dienstleistungen. Diese Bereiche erhalten gegenwärtig kräftige Impulse durch öffentliche und private Kapitaltransfers. Dort geht die Umstrukturierung zügig voran, zumal sich Unternehmen aus Westdeutschland stark engagieren.

Besonders groß sind die Anpassungsprobleme in Landwirtschaft, Bergbau und Industrie. Die ostdeutsche Industrie hat ihre alten Märkte weitgehend verloren. Sie muß sich zur Sicherung von Produktion und Beschäftigung dem Verdrängungswettbewerb der westlichen Unternehmen stellen. Diesem ist sie aus vielerlei Gründen, nicht zuletzt wegen unzureichender Produktqualität, veralteter Anlagen und der zu geringen Kapitalausstattung mit wenigen Ausnahmen nicht gewachsen. Es überrascht deshalb nicht, daß sich der überwiegende Teil der Industrieunternehmen in Ostdeutschland gegenwärtig für nicht wettbewerbsfähig hält.

Es ist daher dringend notwendig, daß vermehrt privates Kapital nach Ostdeutschland fließt. Für die Investoren gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten eines Engagements: Sie können Produktionsstätten auf der „grünen Wiese“ errichten oder ein Unternehmen aus Treuhandbesitz erwerben. Wenn sich Investoren für die Errichtung neuer Produktionsstätten entscheiden, liegt das daran, daß sie sich scheuen, in alte Strukturen zu investieren, zumal ihnen von der Treuhandanstalt häufig Auflagen wie Beschäftigungsgarantien gemacht werden.

Die Anreize, in bestehende Unternehmen zu investieren, müssen vergrößert werden. Dazu muß die Treuhandanstalt

ihre jetzige Praxis zugunsten einer Konzeption aufgeben, die die Entscheidung über den Erhalt und die Sanierung von Unternehmen mehr als bisher dem Markt überläßt. Zudem muß Klarheit über die staatlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Treuhandanstalt unterbreitet den potentiellen Investoren bei der Privatisierung keine hinreichend attraktiven Offerten. Sie macht den Interessenten Auflagen, die diese nicht erfüllen wollen — etwa, daß der bisherige Standort und das Unternehmensprofil erhalten bleiben, eine Mindestbeschäftigung gesichert oder ein hohes Investitionsvolumen realisiert werden sollen, und sie fordert, daran gemessen, einen zu hohen Preis. Solche Auflagen verschlechtern die Aussichten für eine Sanierung und damit auch für eine Privatisierung. Soweit die Treuhandanstalt auf solchen Zusagen besteht — und dazu zwingt sie der politische Druck —, muß sie Konzessionen beim Preis machen. Ein potentieller Käufer wird dann verlangen, daß die künftigen Kosten, die ihm beispielsweise durch den Zwang zur Weiterbeschäftigung von überzähligem Personal entstehen, abdiskontiert werden. In diesem Fall muß der Preisnachlaß mindestens so hoch wie die Konventionalstrafe sein, die er bei Nichterfüllung der Auflagen zu zahlen hätte.

Die Treuhandanstalt sollte deshalb — so ein Vorschlag — die Kluft zwischen ihren Auflagen und den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen, die ein Investor zu beachten hat, überbrücken. Dies mag zwar kurzfristig teuer erscheinen, aber langfristig kann dies die billigere Lösung sein.

Die Treuhandanstalt kann die Privatisierung auch dadurch forcieren — so der andere Vorschlag —, daß sie den Unternehmen für eine befristete Zeit Subventionen gewährt. Beispielsweise könnten alle Treuhandunternehmen soweit mit Investitionsmitteln ausgestattet werden, daß die Hälfte der Investitionen finanziert wäre. Investieren können die Unternehmen aber erst dann, wenn sie einen Investor, Kapitalgeber oder Kooperationspartner finden, der für die Finanzierung der noch verbleibenden Investitionssumme sorgt. Um den Unternehmen den Start zu erleichtern und um den Anreiz zur Beteiligung bzw. zum Erwerb zu erhöhen, erhalten die Treuhand-Unternehmen zudem eine über vier Jahre degressiv gestaffelte Lohnkostensubvention. Der bisher eingeräumte Kreditrahmen entfällt. Kann ein Unternehmen auch unter diesen Bedingungen nicht am Markt überleben, muß es ausscheiden.

Die Einzelfallentscheidung der Treuhandanstalt hat entscheidende Nachteile. Derzeit werden die Unternehmenskonzepte meistens von Experten aufgestellt und von der Treuhandanstalt unter Hinzuziehung von Experten geprüft und verabschiedet. Da nach den meisten Sanierungskonzepten die Gewinnzone erst nach etwa zwei Jahren erreicht wird, die Investitionen aber vorher getätigt werden müssen, besteht ein hohes Risiko. Dieses trägt allein die Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt wird außerdem die Einhaltung der Sanierungskonzepte über immer perfekteres Controlling begleiten. Es ist leicht einzusehen, daß auf dem Wege

des einzelbetrieblichen Controllings die Treuhandanstalt eine Entwicklung nimmt, die gerade nicht beabsichtigt ist: Sie wird, statt sich aufzulösen, zu einer Industriebehörde.

Anders bei den zur Diskussion gestellten Konzeptionen: Diese verlangen — bei allerdings sehr günstigen Bedingungen —, daß auch Dritte an die Sanierungsfähigkeit des Unternehmens glauben und bereit sind, Risiken zu übernehmen. Expertenurteile und Controlling der Treuhandanstalt werden durch Marktentscheidung ersetzt. Der Einwand, daß diese Konzeptionen schwer zu verwirklichen seien, da es keine potentiellen Investoren gäbe, bringt nur zum Ausdruck, daß viele Sanierungskonzepte der Treuhandanstalt auf tönernen Füßen stehen.

Die Unterschiede zwischen beiden Konzeptionen bestehen darin, daß die zweite die finanziellen Anreize, die die Treuhandanstalt zur Erreichung ihrer Ziele setzt, gleichsam „instrumentalisiert“. Darin mag man einen Vorteil sehen, nämlich den der höheren Transparenz. Es kann aber auch ein Nachteil sein: Es besteht die Gefahr, daß die ursprünglich befristeten Subventionen verlängert und nicht auf den Kreis der Treuhandunternehmen eingegrenzt werden können.

Beide Institute, das DIW und das IfW, sehen die Notwendigkeit einer Änderung der bisherigen Politik der Treuhandanstalt. Sie präferieren jedoch jeweils eine andere: Das Modell des DIW knüpft die Hilfen an Investitionen und überbrückt die Zwischenzeit mit degressiv gestaffelten Lohnsubventionen²¹. Das IfW sieht dagegen in der einmaligen Abgeltung des Subventionsbedarfs im Kaufpreis die bessere Lösung.

Über kurz oder lang sind Entscheidungen darüber zu treffen, welche Unternehmen aus übergeordneten Gründen erhalten werden sollen. Diese sind aus der Treuhandanstalt herauszulösen und unter dem Dach von Staatsholdings zu führen. Nur für diese Unternehmen sollte eine Bestandsgarantie gegeben werden. Es wäre dann Sache der staatlichen Eigentümer, was sie aus den Unternehmen machen — ob sie diese langfristig sanieren oder als Kostgänger des Steuerzahlers führen. Es versteht sich von selbst, daß dies eine sehr teure Lösung ist, die nur in Ausnahmefällen in Frage kommt.

²¹ Es hat diese Konzeption bereits an anderer Stelle zur Diskussion gestellt.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktm Modelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bader. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 10. Januar 1992

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland.

Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.
Abgeschlossen in Berlin Mitte Dezember 1991.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten